

SOZIALISTISCHE JUGENDPOLITIK

*Die Jugendpolitik
unseres Verbandes*

24

Stunden sind kein Tag



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

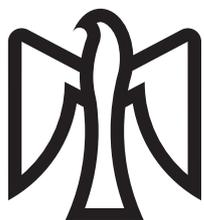
INHALT

24 Stunden sind kein Tag

DIE JUGENDPOLITIK UNSERES VERBANDES

HEFT 40

- 1 Vorwort
- 2 **INTERESSENSVERTRETUNG**
Verband und Träger
- 5 **DAS 1*1 DER JUGENDPOLITIK**
- 7 **Uns bleibt nichts anderes übrig:
FÜR EINE SOZIALISTISCHE
JUGENDPOLITIK**
- 13 **DAS POTENZIAL
UNSERER TRÄGERVEREINE**
- 20 **POLITISCH-PÄDAGOGISCHE
VERBANDSARBEIT**
und/oder professionell
geführte Aktivitäten?
- 22 **DAS ›BÜNDNIS FÜR FREIRÄUME‹**
und Überlegungen, wie jugend-
politische Kampagnenarbeit
funktionieren kann
- 26 **DAS IST WAR UNSER HAUS**
Strategien zum Erhalt von Ressourcen
durch Gremien der Kinder- und
Jugendhilfe am Beispiel
der Villa Freundschaft in Berlin
- 28 **12 THESEN**
12 Thesen für Sozialismus
und Jugendpolitik
- 33 Impressum



Sozialistische Jugend
Deutschlands –

Die Falken



DIE JUGENDPOLITIK

der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken

LIEBE GENOSS*INNEN,

in unserer Jugendpolitik geht es immer darum, uns als Verband strategisch gut aufzustellen und Interessenvertretung für Kinder- und Jugendliche in der »Realpolitik« zu gestalten. Dabei müssen wir darauf achten, dass wir durch das System der bürgerlichen Demokratie nicht hinter unsere progressiven Ideen und Forderungen zurückfallen. Es sollte uns immer darum gehen, unsere sozialistischen Ideen, die damit verbundenen Forderungen einzubringen und unsere Jugendpolitik nicht getrennt von unserer Theorie und Praxis denken. Innerhalb des Verbands ist deutlich zu merken, dass Jugendpolitik und die damit verbundene Arbeit in Jugendringen und -hilfeausschüssen eine Arbeit von wenigen spezialisierten Einzelpersonen ist. Damit es nicht so bleibt, versucht dieses Heft das Arbeitsfeld Jugendpolitik besser verständlich und anfassbar zu machen. Denn eine gelungene und breit aufgestellte Jugendpolitik macht unsere Jugendverbandsarbeit deutlich leichter.

Wie immer findet ihr in diesem Heft theoretische Beiträge und Praxisbeispiele.

Im theoretischen Teil findet ihr zunächst zwei einführende Artikel. Der Erste gibt einen Überblick darüber wie wir als Sozialistische Jugend eine linke Interessenspolitik für Kinder- und Jugendliche innerhalb der Jugendringe und als Teil von Jugendringen machen können. Der Zweite ist eine 1x1 der Jugendpolitik und geht zunächst auf die rechtliche Verankerung der freien Träger im SGB VIII, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, ein. Weiterhin zeigt der Artikel auf, wer unsere Bündnispartner*innen sein können und wie Jugendhilfeausschüsse funktionieren.

Der Artikel »Uns bleibt nichts Anderes übrig: für eine sozialistische Jugendpolitik« zeigt auf, dass unsere Unzufriedenheit mit dieser Gesellschaft die Grundlage unserer Kritik und Arbeit ist. Er geht darauf ein, dass Jugendpolitik eine Möglichkeit ist, um sich aus dem Verband heraus zu bewegen und damit außerhalb unseres Verbandes und unserer Erziehungspraxis zu wirken.

Zuletzt zeichnet der Artikel Linien, wie eine sozialistische Jugendpolitik aussehen kann und in welchem Verhältnis diese zu unserer sonstigen politischen Praxis steht.

Der nächste Artikel beschäftigt sich mit dem jugendpolitischen Potential unserer Trägervereine. Unsere Trägervereine geben uns die Möglichkeit über die originäre Verbandsarbeit als kompetenter und professioneller Akteur der Kinder- und Jugendarbeit zu agieren. So haben Trägervereine regelmäßigen Kontakt zu Politik und Verwaltung.

Des Weiteren findet ihr in dieser Ausgabe einen Gastbeitrag der österreichischen Kinderfreunde. Darin werden die Vor- und Nachteile der Professionalisierung der pädagogischen Praxis diskutiert.

Im Praxisteil findet ihr zwei Beispiele. Zum einen ein Beitrag zum »Bündnis für Freiräume« als Beispiel aus NRW. Das Bündnis und die damit verbundene Kampagne zeigt, wie eine (eigenständige) einmischende Jugendpolitik aussehen könnte. Das zweite Praxisbeispiel aus Berlin zeigt anhand der Villa Freundschaft, wie es das Einmischen auf kommunaler Ebene möglich macht, erfolgreich für neue Räumlichkeiten zu kämpfen.

Im Anhang findet ihr Thesen zu Sozialismus und Jugendpolitik. Diese bildeten in den letzten beiden Jahren die Grundlage zur Diskussion und Weiterentwicklung unserer Jugendpolitik innerhalb des Verbandes.

Wir bedanken uns bei den Autor*innen und wünschen euch viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe zum Thema »Sozialistische Jugendpolitik«.

Freundschaft!

Euer Bundes-Falken-Ring und eure kinder-, jugend- und bildungspolitische Kommission

INTERESSENS- VERTRETUNG VERBAND UND TRÄGER

*SJD – Die Falken
als Interessenvertretung,
als Verband
und als Träger*

Maja Tölke Landesverband NRW

FALKEN UND JUGENDPOLITIK

Wir Falken sind Mitglied in Stadtjugendringen, Kreisjugendringen, in allen Landesjugendringen und natürlich im Bundesjugendring. Im Vergleich zu anderen Kinder- und Jugendverbänden haben wir Positionen zu ziemlich vielen gesellschaftlichen Themen. Dort, wo wir mal keine Position haben, können wir sie anhand unserer Grundsätze schnell ableiten und uns auch zu neuen Themen positionieren. Viele unserer Mitglieder sind politisch interessiert und haben Spaß daran, für ein gutes Leben zu streiten.

Auch in Jugendhilfeausschüssen¹ sind wir häufig vertreten. Manchmal auf dem Ticket der SPD, oft, weil wir viele kompetente Genoss*innen haben, die solch ein Mandat gut wahrnehmen können und häufig, weil wir als Teil des Jugendrings² vor Ort eine der Stimmen der Jugendverbände solidarisch wahrnehmen.³

Wann aber streiten wir für die Rechte von Kindern und Jugendlichen, allgemein mit anderen Trägern zusammen, und wann falkenspezifisch und wann treten wir für die Wahrung unseres Verbandes ein?⁴ Das ist im Alltag nicht immer klar und lässt sich auch nicht immer zu 100% abgrenzen. Und doch ist es wichtig, diese Trennung so gut wie möglich im Kopf zu haben, wenn wir eine Außenvertretung wahrnehmen.

FALKEN ALS INTERESSENVERTRETUNG FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

In allen Kinder- und Jugendverbänden haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, sich selber zu organisieren und ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Es gibt viele verschiedene Kinder- und Jugendverbände, bei denen Interessenvertretung und Partizipation unterschiedlich ausgeprägt sind. Als SJD – Die Falken meinen wir, dass Interessenvertretung und Selbstorganisation Stärken unseres Verbandes sind. Unser Anspruch ist es, dass Kinder und Jugendliche dies auf möglichst allen Ebenen selber machen. Anders ausgedrückt: Kinder und Jugendliche sprechen für sich und nicht Erwachsene stellvertretend für sie. Wichtig ist uns, dass grundsätzlich Ehrenamtliche selber sprechen und nicht Hauptamtliche in die Außenvertretungen geschickt werden. Dabei ist es gut abzuwägen, ob wir Kinder und Jugendliche als Alibi nach vorne stellen und sie in eine Situation kommen, die erwachsenendominiert und langweilig ist.

Sollte diese Gefahr bestehen, ist es sinnvoll, vorher zu versuchen, auf den Veranstaltungsablauf und die -inhalte Einfluss zu nehmen oder von Anfang an selber mit zu planen. Es kann aber manchmal besser sein, Kinder und Jugendliche aus einer langweiligen Veranstaltung herauszuhalten und die Gründe den Organisator*innen gut zu erklären. Oft finden Sitzungen von Jugendringen und gerade von Jugendhilfeausschüssen tagsüber statt. Für die Mehrheit der Ehrenamtlichen sind dies Tageszeiten, zu denen sie die Außenvertretung nicht wahrnehmen können, weil sie in Schule, Ausbildung, Studium oder Lohnarbeit unterwegs sind. Dann übernehmen Hauptamtliche die Außenvertretung. Hier wiederum ist es wichtig, dass Hauptamtliche sich über die Positionen und Strategien, die sie im Jugendring oder Jugendhilfeausschuss vertreten, vor der Sitzung mit dem ehrenamtlichen Vorstand abstimmen und diesem nach der Sitzung berichten, so dass ein regelmäßiger Austausch stattfindet.



SJD – DIE FALKEN ALS MITGLIED IM JUGENDRING

Im Jugendring vor Ort sind alle Kinder- und Jugendverbände aus unserer Gemeinde oder Stadt vertreten. Hier haben wir die Möglichkeit, jugendringsintern als Falken die Situation falkenspezifische Positionen vertreten zu können. Wir bringen vielleicht einen Antrag ein zum Thema »Bundeswehr raus aus der Schule«. Erfahrungsgemäß sorgt das für Diskussionen, weil einige Verbände diese Meinung nicht (sofort) teilen. Auf der Basis der UN-Kinderrechtskonvention, auf die sich alle Kinder- und Jugendverbände einigen und berufen können sowie oft mit Blick in die Satzung des Jugendrings, kann es aber leicht gelingen, diese Position gemeinsam zu beschließen.

WER SIND UNSERE BÜNDNISPARTNER* INNEN IM JUGENDRING?

Im Jugendring gibt es weitere Jugendverbände, die aus der Arbeiter*innenjugend kommen. Das sind die DGB Jugend, das Jugendwerk der AWO, die Naturfreundejugend, die Arbeitersamariterjugend, die Alevitische Jugend, die DIDF-Jugend, die Schreiberjugend und die Solidaritätsjugend. Auf Bundesebene nennt sich dieser Zusammenschluss Beethovenkreis⁵ und trifft sich regelmäßig. Nicht überall sind alle diese Jugendverbände aktiv, manchmal haben sie auch einen etwas anderen Namen. Und manchmal gibt es bei euch vor Ort auch andere Jugendverbände, zu denen wir inhaltlich gut passen und gut mit ihnen zusammenarbeiten können. In seltenen Fällen ist der RpJ, der Ring politischer Jugenden, bei euch im Jugendring Mitglied.

WIR ALS TEIL DES JUGENDRINGS

Wenn wir als Jugendring eine öffentliche Veranstaltung machen, dann geht es oft darum, überhaupt die Interessen von Kindern und Jugendlichen sicht- und hörbar in der Stadt zu machen. Wir als Arbeitsgemeinschaft aller Kinder- und Jugendverbände in unserer Stadt wenden uns an die Verwaltung des Jugendamtes, an Politiker*innen, an Erwachsene, an Medien. Wir bauen einen Stand auf einem Fest auf oder beteiligen uns an Podiumsdiskussionen. Dabei verfolgen wir eine gemeinsame Strategie, die wir vorher besprochen haben oder auf die wir uns mal grundsätzlich geeinigt haben. Wenn wir im Rahmen einer solchen Veranstaltung z. B. in einer Podiumsdiskussion mitdiskutieren, dann muss geklärt sein, ob wir dort als Falken dort oder als Jugendring sprechen. In der Auswahl der Themen macht dies einen Unterschied. Betonen wir zuerst falkenspezifische Positionen oder sind wir etwas allgemeiner die Stimme der Jugendverbände?

**Wir bringen vielleicht
einen Antrag ein zum
Thema »Bundeswehr
raus aus der Schule«.
Erfahrungsgemäß sorgt
das für
Diskussionen ...**

WER SIND DIE BÜNDNIS-PARTNER*INNEN DES JUGENDRINGS?

Wenn wir als Jugendring auftreten, dann als Arbeitsgemeinschaft aller Kinder- und Jugendverbände, das heißt als gemeinsame Stimme der Kinder und Jugendlichen in unserer Gemeinde oder Stadt. Um bei dem Beispiel von oben zu bleiben: Nachdem unser Falkenantrag »Bundeswehr raus aus der Schule« auf der Vollversammlung des Jugendrings verabschiedet worden ist, können wir diese Forderung nun gemeinsam nach außen tragen. Unsere Bündnispartner*innen sind nun potentiell alle demokratischen Parteien, ggf. auch die Verwaltung des Jugendamtes sowie andere Jugendorganisationen oder Teile der Jugendhilfe.

WIE KANN ES GELINGEN UNSERE ANLIEGEN IN UMSETZUNG ZU BRINGEN?

Um unsere Anliegen erfolgreich zu kommunizieren und bestenfalls mit Unterstützung umzusetzen, müssen wir viele dicke Bretter bohren. Erstmal müssen unsere Mitglieder, z. B. in der Gruppenstunde, ein bestimmtes Thema entdecken, das sie so wichtig finden, dass sie es in die Welt tragen wollen. Ein Thema ohne Legitimation, und für das sich dann mitten im Prozess niemand mehr einsetzt, ist ein verlorenes Thema.

Ausgangsfrage ist: Wo soll sich etwas ändern? In der Gruppe? In der Falkengliederung? In der Schule? In der Stadt? In der Welt? Je nachdem sollten die Helfer*innen nun herausfinden, wo die Entscheidungen getroffen werden und wer die Personen sind, die die Entscheidungen treffen. Um zum Ziel zu gelangen, kann es wichtig sein zu schauen, wo die Entscheidungen vordiskutiert werden. Sich gleich an den Rat der Stadt zu wenden, kann zu eilig über das Ziel hinausgeschossen sein, weil sich Entscheider*innen nicht informiert und mitgenommen fühlen. Und vielleicht gibt es vorher ganz andere Gremien, in denen wir lobbyieren sollten, um zum Ziel zu kommen? Eine andere wichtige Frage ist, ob das Thema so falkenspezifisch ist, dass nur wir es thematisieren (können), oder ob es potentielle Bündnispartner*innen gibt, mit denen wir das Thema gemeinsam vorantreiben können. Wer sind diese Bündnispartner*innen?

1 mehr zur den Begriffen im folgenden Artikel

»Das 1 x 1 der Jugendpolitik«

2 ebenda

3 §71 SGB VIII

4 §11 und §12 SGB VIII

5 Siehe Glossar

6 http://www.umdenken-jungdenken.de/fileadmin/content/Praxistag_2015/20150912_Vortrag_Werner_Lindner.pdf

»Jugendpolitik ist das langsame Bohren dicker Bretter«

Eine sehr gute (theoretische) Übersicht des Politikwissenschaftlers Werner Lindner über Strategien einer einmischenden Jugendpolitik findet ihr auf der Seite www.umdenken-jungdenken.de des Landesjugendrings NRW in der Rubrik Kongresse>Praxistag 2015>Vortrag und Workshops.⁶

Für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, dass sie in den Prozess, ihre Interessen zu vertreten, eingebunden bleiben und nicht die Helfer*innen stellvertretend und stillschweigend mit dem Thema unterwegs sind, nachdem sie von der Gruppe beauftragt wurden. Können die Kinder und Jugendlichen nicht selber ihr Interesse vortragen, müssen sie zumindest erzählt bekommen, was zwischenzeitlich passiert und immer wieder ihre Meinung dazu äußern können. War der Einsatz erfolgreich, dann steigt die Party! Oft aber sind es ja nur klitzekleine Erfolge, die sich verzeichnen lassen und für die trotzdem viele Jahre sehr viele Menschen an sehr vielen Stellen miteinander gesprochen haben.

UNSERE INTERESSEN ALS VERBAND VS. DIE INTERESSEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN?!

Bis zum Azubi-Ticket in NRW war es ein sehr weiter Weg, um ein Beispiel anzureißen. Die Jusos NRW haben diese Forderung erfolgreich in der NRW SPD durchgesetzt. Anschließend machte die SPD 2017 Wahlkampf damit für sich. Nun möchte die Landesregierung für rund 300.000 Auszubildende in NRW ein vergünstigtes Nahverkehrsticket einführen. Die Forderung danach gibt es schon lange. Wir Falken schließen uns dieser Forderung nicht an, weil wir meinen, dass sie zu kurz gegriffen ist, also nur einen Ausschnitt eines Problems löst und sogar die Gefahr beinhaltet, Gruppen gegeneinander auszuspielen. Wir finden z. B. auch Schüler*innen, Freiwilligendienstleistende und Hartz-IV-Bezieher*innen sollten den ÖPNV kostenlos nutzen können. Senior*innenverbände fordern das teilweise auch, die lassen wir aber beiseite. Warum sollen alle diese Gruppen einen eigenständigen Kampf für ein günstiges Ticket führen? Unsere Forderung ist: ticketfreier ÖPNV für alle Menschen! Das fordern wir in dem Bewusstsein, dass wir damit nicht so schnell an das Ziel gelangen und die Menge an Bündnispartner*innen kleiner ist. Das ist nur ein Beispiel für die Abwägung unserer Interessen als Verband gegenüber den Interessen von Kindern und Jugendlichen.

DAS 1×1 DER JUGEND- POLITIK

Frederik Schwieger Landesverband Thüringen, KJBK

Robin Bender Kreisverband Neuss, KJBK

Im Dickicht der Jugendpolitik und Jugendhilfe erwarten uns allerhand Strukturen, die uns erstmal ungewohnt erscheinen und überfordern können und auch viele Abkürzungen, die wir zuerst nicht kennen. Im Folgenden soll versucht werden anhand einer allgemeinen Beschreibung der Struktur des jugendpolitischen »Games« uns dies näher zu bringen.

Wir Falken sind ein **Jugendverband (§12 SGB VIII)** und **anerkannter Träger der freien Jugendhilfe (§75 SGB VIII)**. Jugendhilfe in Deutschland wird auf der einen Seite durch **öffentliche Träger** geleistet, dies sind die Jugendämter und auf der anderen Seite durch die sog. **Freien Träger**. Dazu gehören die Jugendverbände genauso wie die Wohlfahrtsverbände (Diakonie, Caritas, AWO usw.) oder Organisationen wie z. B. der Internationale Bund (IB). Genau definiert ist dies alles im **Sozialgesetzbuch VIII: Kinder- und Jugendhilfe**. Dort werden auch die einzelnen Angebote und Maßnahmen innerhalb der Jugendhilfe in Leistungsbereiche kategorisiert, die wiederum einzelnen § Paragraphen zugeordnet sind: **§11** definiert die **Jugendarbeit** näher, in **§12** finden wir die Jugendverbände, weiter hinten im Gesetzesbuch dann z.B. von **§27–35** die Hilfen zur Erziehung. Jugendverbände sind innerhalb dieser Vielzahl von Angeboten und Leistungen eine der ältesten Formen der Jugendhilfe. Ihre Förderung, unter Wahrung ihres satzungsgemäßen

Eigenlebens, ist deshalb fest im Gesetz verankert. In sehr vielen Städten und Gemeinden gibt es **Jugendringe**. Jugendringe sind Arbeitsgemeinschaften der verschiedenen Jugendverbände zur gemeinsamen Interessensvertretung gegenüber Verwaltung und Politik. Denn auch wenn wir natürlich nicht immer mit allen Jugendverbänden einer Meinung sind, so können wir in einem Jugendring stark mit einer Stimme sprechen und unsere gemeinsamen Überzeugungen zu Themen wie Jugendverbandsarbeit und Jugendpolitik gegenüber der Politik anbringen.

In vielen Jugendringen begegnen uns dieselben Partner:

Neben uns Falken gibt es natürlich noch viele andere Jugendverbände, die ebenso bundesweit tätig sind. Oftmals lässt sich die Landschaft der freien Träger in einem Jugendring in größere Gruppen einteilen: die kirchlichen Träger, dies sind zum Beispiel der **Bund der katholischen Jugend (BDKJ)**, die **Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend (aej)** oder auch viele Pfadfinderverbände wie z.B. die **Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG)** oder der **Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V.** Einen weiteren großen Teil nehmen die Blaulichtverbände ein, hierunter fallen z.B. die **Jugendfeuerwehr**, das **Jugendrotkreuz** oder auch die **THW-Jugend**.

Dann gibt es noch die Jugendorganisationen, die aus der Arbeiter*innenjugendbewegung entstammen, wie auch wir Falken, aber ebenso die **DGB Jugend**, die **Naturfreundejugend und noch weitere**. Zudem gibt es Jugendverbände, die sich einem bestimmten Thema zugeordnet haben wie z.B. die **Sportjugend**, die **Deutsche Chorjugend** oder die **Deutsche Landjugend**. Nicht zu vergessen sind natürlich die migrantisch-selbstorganisierten Jugendverbände, wie die **DIDF-Jugend** oder der **Bund der Alevitischen Jugend**.

BDKJ, aej, DPSG

THW-Jugend,

Jugend

Jugendrotkreuz,

DGB-Jugend, Sportjugend

Landjugend

Oftmals sind jedoch noch lokale Player und nicht nur die bundesweit tätigen Jugendverbände in euren Jugendringen vertreten. Hier finden sich beispielsweise auch viele Vereine, die mit der klassischen Jugendverbandsarbeit nichts oder nur sehr wenig zu tun haben. Auch sind diese oft als Initiativen oder lose Gruppierungen organisiert. Hier lohnt es einen genauen Blick auf diese zu werfen.

Übrigens: Die Jugendorganisationen der politischen Parteien gehören aufgrund ihres besonderen Status nicht zu den Trägern der freien Jugendhilfe und finden sich daher auch nicht in klassischen Jugendringen wieder, sondern haben sich ihrerseits selber im sog. »Ring politischer Jugend« zusammengeschlossen.

Innerhalb von Jugendringen hat es sich bewährt, dass die Arbeiter*innenjugendverbände oder Verbände, die uns politisch nahe stehen sich nochmal zwecks gemeinsamer Absprache in einem informellen Kreis zusammenschließen. Auf Bundesebene wird dieser Zusammenschluss **Beethovenkreis** genannt. In NRW heißt er **Bulmker Kreis** und in Dresden hieß er früher **Semperkreis**.

Vor Ort in der Kommune (aber auch auf Landesebene) ist der **Jugendhilfeausschuss (Abkürzung JHA) (§71 SGB VIII)** das wichtigste Gremium für die Ausgestaltung von Jugendhilfe und Jugendpolitik. Neben den für Jugendverbände relevanten Themen geht es hier auch um Themen, die erst mal weit weg erscheinen von der konkreten Falken-Arbeit: Kita-Neubau, Kostensteigerungen in den Hilfen zur Erziehung (HzE) oder der Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit. Jugendhilfeausschüsse können manchmal zäh sein! Nichtsdestotrotz sind natürlich auch solche Anliegen für uns als Falken im Sinne einer sozialistischen Jugendpolitik wichtig und als vertretende*r Falke sollte versucht werden, sich bestmöglich in die Themen einzuarbeiten. Oft werden wir Falken auch zum Vorarbeitskreis der SPD vor Ort eingeladen.

Der Jugendhilfeausschuss ist dabei der einzige Ausschuss innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung, der nicht nur aus Vertreter*innen der Politik (3/5) besteht, sondern auch aus Vertreter*innen der Träger der freien Jugendhilfe (2/5). Die Vertreter*innen der freien Träger werden in der Regel auf Vorschlag der Jugendverbände und der Wohlfahrtspflege, durch den Stadtrat für den Ausschuss gewählt. Die konkrete Ausgestaltung vor Ort kann dabei sehr unterschiedlich sein: Während mancherorts 3 große Jugendverbände ihre Vertreter*innen selbstständig vorschlagen dürfen, übernimmt anderenorts der Stadtjugendring als Dachverband gemeinsam diese Funktion.

In dieser speziellen Konstruktion des Jugendhilfeausschusses findet die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern ihren institutionellen Ausdruck und soll der freien Jugendhilfe damit eine umfassende Mitwirkung und Mitverantwortung bei der Wahrnehmung der Aufgaben des Jugendamtes sichern. Der Jugendhilfeausschuss hat dabei, im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft (Stadtrat) erlassenen Mittel, für seinen Bereich Beschlussrecht und kann dementsprechend über die Förderung der freien Jugendhilfe entscheiden. Neben der Förderung soll der Jugendhilfeausschuss aber auch aktuelle Problemlagen junger Menschen diskutieren, die Jugendhilfe weiterdenken und die Jugendhilfeplanung mitgestalten.

Durch die veränderten Mehrheitsverhältnisse im JHA kann es dabei vorkommen, dass Entscheidungen die im Jugendhilfeausschuss getroffen werden, nachfolgend im Rat oder der Gemeindeversammlung aus politischen Gründen wieder aufgehoben werden. Dies ist leider sehr ärgerlich, jedoch unvermeidbar.

Die Ausschussarbeit ähnelt unseren **Konferenzen**: Es gibt Anträge, Geschäftsordnungen und Redelisten. Zusätzlich nehmen an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses noch die Vertretung der Verwaltung teil. Dies ist z. B. die*der Leiter*in des **Jugendamtes**, die*der Bürgermeister*in oder ein*e Stellvertreter*in (oft ist dies die*der entsprechende **Dezernent*in**, so nennt man die höchsten kommunalen Verwaltungsbeamt*innen, die für ein oder mehrere Fachthemen zuständig sind) sowie einige Mitarbeiter*innen des Jugendamtes. Oft wird noch für spezielle Tagesordnungspunkte das entsprechende Fachpersonal hinzugezogen, wie die Mitarbeitenden des **ASD** (Allgemeinen sozialer Dienst) oder beispielsweise die Leitung der Drogenhilfe, falls es diese vor Ort gibt. Diese nehmen mit beratender Stimme an den Ausschusssitzungen teil.

Teilweise können Falken am Jugendhilfeausschuss auch mit beratener Stimme teilnehmen, das ist in der jeweiligen Satzung des Jugendhilfeausschusses vor Ort festgelegt. Hier haben wir genauso das Recht das Wort zu ergreifen, mitzudiskutieren, nur am Ende abstimmen, dürfen wir dann leider nicht.



*Uns bleibt
nichts anderes übrig*
**FÜR EINE
SOZIALISTISCHE
JUGENDPOLITIK**

Philipp Schweizer Landesverband Thüringen, KJBK

Jugendpolitik ist der Teil der Politik, der sich mit der staatlichen und kommunalen Gestaltung der Lebensverhältnisse junger Menschen beschäftigt. Entsprechend verweist jede Jugendpolitik - egal ob sie nun von Politiker*innen oder von Jugendverbänden und -ringen gemacht wird, ob von Konservativen oder Sozialist*innen – auf die Instanzen des Staates und der Kommune, in der Entscheidungen getroffen werden. Diese Instanzen sind theoretisch die Parlamente, Stadträte und Kreistage und praktisch oftmals auch die ausführenden Ämter, denn auch sie haben im Rahmen ihrer Vorgaben Entscheidungsspielräume.

Noch vor jeder Frage der Richtung oder den konkreten Inhalten unserer Jugendpolitik nötigen diese Bedingungen uns ab, uns Klarheit über zwei Dinge zu verschaffen:

- 1)** Alles was wir als Verband entscheiden, bindet höchstens uns selbst. Jede unserer jugendpolitischen Entscheidungen kann also immer nur die Entscheidung sein, uns für eine bestimmte Veränderung, Position usw. einzusetzen. Es stellt sich also die Frage, wie ein solcher Einsatz sinnvoll aussehen kann.
- 2)** Unabhängig davon, was wir von Parteien und Parlamenten, Ämtern und dem Staat halten: Wir sind zur Umsetzung dieser Entscheidungen auf sie angewiesen. Nicht wir entscheiden, ob es eine Mindestvergütung in der Ausbildung gibt, wie hoch das BAföG ist, wer wie lange in die Schule gehen muss oder ähnliches. All diese Entscheidungen treffen andere.

**Wir können uns nur
für Veränderungen
einsetzen,
Entscheidungen
treffen andere.**

DAS ELEND DER POLITIK

Vielleicht ist die Jugendpolitik in unserem Verband auch deshalb in der Breite so unbeliebt, weil wir uns in der jugendpolitischen Auseinandersetzung offensichtlich in eine Auseinandersetzung begeben, in der nicht wir die Regeln machen und in der konkrete Forderungen formuliert werden müssen. Die Auswirkungen dieser Arbeit sind zudem überprüfbar. Während große Forderungen und starke Phrasen einem leicht eine Aura von Radikalität verschaffen, wirkt die Beschäftigung mit Gesetzen, Verordnungen, das Knüpfen von Netzwerken und die in der Jugendpolitik übliche Gremienarbeit einschläfernd – und das nicht nur auf diejenigen, die dieses Treiben aus Ferne beobachten.

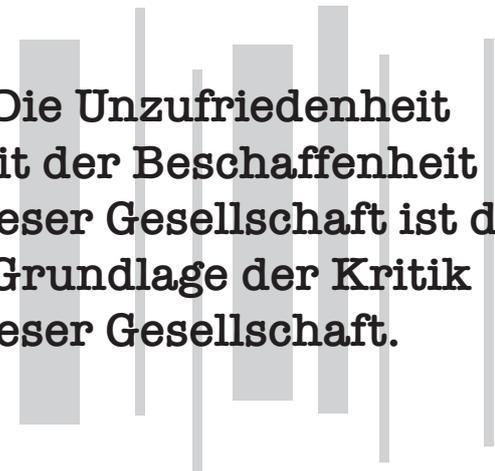
Die Unzufriedenheit mit der Beschaffenheit dieser Gesellschaft ist die Grundlage der Kritik dieser Gesellschaft. Sie ist die Grundlage einer Kritik an der Verselbstständigung der gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Menschen, d.h. an einer Gesellschaft, die sich Kontrolle der Menschen entzieht und ihre Lebensverhältnisse bestimmt. Die Unzufriedenheit mit der Politik ist die Grundlage einer Kritik der Politik: der Verselbstständigung der Politik gegen die Gesellschaft, in der arbeitsteilig einige Funktionsebenen scheinbar über das Wohl und Wehe von Millionen entscheiden würden. Eine Verselbstständigung, die suggeriert, Politik sei eine Sache des Willens und der Ort der Freiheit in unserer Gesellschaft voller Notwendigkeiten. Und eine Politik, die auf den Erfolg der nationalen Wirtschaft notwendig angewiesen ist, da deren Erfolg erst jene Mittel zur Verfügung stellt, mit denen die Politik die Gesellschaft steuert. Deswegen kommt die Politik nicht aus dem Widerspruch heraus, alles Mögliche zu versprechen und zu einer Frage des richtigen Herrschaftspersonals und seines Willens zu stilisieren, während dieses Personal, wo es einmal zur Herrschaft gelangt ist, auf die Grundlagen seines Geschäfts als Sachzwang verweisen muss und regelmäßig die Erwartungen seiner Wähler*innen enttäuschen muss – falls diese sich denn mehr wünschen, als dass der Standort Deutschland auf ihre Kosten so bombenmäßig läuft, dass es kracht.¹

DAS ELEND DER SCHÖNEN SEELEN

Dass nun aber viele von uns von dieser Politik abgestoßen sind, hat zugleich eine problematische Folge. Während die Kritik von Staat und Kapital radikal sein kann,² ist es die gefühlte Distanz der gefühlten Radikalen zu ihnen nicht. Das Gefühl des Abgestoßenseins wird häufig durch den Willen zur Distanz ergänzt. Sie führt zu einem Typus

des Radikalen, der sich von den Wirren der Welt fernhalten will. Dieser Typus begegnet uns in zwei Versionen, die sich wechselseitig selten ausstehen können, recht häufig: Da sind diejenigen, die sich schön raushalten aus dem Streit der Welt, die lieber theoretisch sich bemühen, als praktisch aktiv zu werden. Sie wissen immer und über alles Bescheid, nur wollen sie mit diesem Wissen nichts anfangen, als es zu vermehren. Sie behandeln es als ihren Besitz und tragen es mit Stolz vor sich her: Allerorten wollen sie ihre geistige Überlegenheit demonstrieren, sie kennen die Namen und Theorien der großen Köpfe der Linken und beziehen Position in den linken Debatten an der Universität. Über die Schlechtigkeit der Dinge und die Dummheit der Praktiker*innen haben sie leicht reden, denn sie urteilen bloß von außen. Sie müssen nicht an Konsequenzen denken, Kräfteverhältnisse kennen sie nur, wo sie sich nicht als Teil derselben denken und jede wirkliche Ohnmacht vergeht vor der Allmacht ihres Geistes. Die Ohnmacht, das eigene Urteil zu vollstrecken, das Kritisierte abzuschaffen, wird durch das Vergnügen daran, es besser zu wissen, kompensiert.

Die zweite Version dieses Typus begegnet uns in all denen, die gerade durch ihr Handeln deutlich machen wollen, dass sie mit dem Schlechten in der Welt nichts zu tun haben. Ihr reines Gewissen beruht nicht darauf, es besser zu wissen, sondern es besser zu machen. Sie kaufen Bio oder Fair Trade, statt sich an der Umweltzerstörung und Ausbeutung zu beteiligen, sie ernähren sich vegan oder zumindest vegetarisch, damit auch die Tiere nicht leiden müssen, sie leben in Bauwagen oder neuerdings im Tiny-Haus statt in dem auf Kredit gekauften Vorort-Reihenhaus, fahren Rad statt Auto und kaufen Second Hand statt ständig etwas Neues, um die Ressourcen dieser Welt zu schonen. Darin sehen sie ihre Überlegenheit gegenüber denjenigen, die ihnen als Masse mit ihren schlechten Konsumgewohnheiten erscheinen.



**Die Unzufriedenheit
mit der Beschaffenheit
dieser Gesellschaft ist die
Grundlage der Kritik
dieser Gesellschaft.**

In beiden Versionen verwandelt dieser Typus von Radikalen die Kritik der Gesellschaft in eine Ideologie und zieht aus ihr einen privaten Gewinn: Sie fühlen sich überlegen. Sie versuchen, die eigene Existenz zum unsinnigen Bilde einer richtigen Lebensweise zu machen. An den Zumutungen dieser Gesellschaft, an Herrschaft und Ausbeutung, an der Rödelei fürs Reihenhaus, der industriellen Produktion von Fleisch, Eiern, Milch und den damit einhergehenden Bedingungen für Mensch und Tier und der Zerstörung der Umwelt durch Landwirtschaft und Industrie ändert das alles nichts.

Beide Ansätze sind problematisch

Theoretiker*innen: Aus der besseren Einsicht wird niemals eine andere Gesellschaft, weil es keine Kontinuität von Theorie und Praxis gibt, und Theorie nicht zu Praxis führt. Die Anhäufung von Wissen ist deswegen kein Ersatz für die Spontanität der Individuen,³ die vor dem Hintergrund ihres Wissens handeln und dieses Handeln nicht aus ihrem Wissen ableiten.

Gutmensch: Der Hinweis darauf, dass für umfassende Veränderungen nur alle anders leben müssten, kann nicht verhehlen, dass auch diejenigen mit besonderen Konsumgewohnheiten dem Zustand der Welt gegenüber ohnmächtig sind. Das Bild eines richtigen Lebens, das diese Leute vor sich hertragen, ersetzt ein wirklich anderes Leben eben nicht.⁴ Dieser Erkenntnis muss sich aber verweigern, wer am Gefühl der Überlegenheit, der Vorstellung zu den wenigen zu gehören, die das Richtige tun, festhalten möchte. Wer bereit ist, einzusehen, dass diejenigen, die sich verweigern, denen, die mitmachen, nichts voraus haben, gewinnt bloß das Glück der Einsicht. Wir werden noch sehen, dass mit dieser Einsicht auch eine winzige Freiheit einhergeht.⁵

UNSERE ORIGINÄRE AUFGABE

So richtig es ist, dagegen zu sein, so falsch ist die Illusion, dass man nicht mitmachen könne. Wir sind Teil dessen, was hier geschieht, ob wir wollen oder nicht. Das gesellschaftliche Schicksal ist auch unser Schicksal. Wo wir gegen diese Gesellschaft sind, sind wir bloß ein besonderer Teil von ihr. Besonders sind wir durch die bestimmte Position, die wir innerhalb der Gesellschaft einnehmen. Bestimmung ist immer zugleich Unterscheidung: Wo wir die Kritik dieser Gesellschaft formulieren, unterscheiden wir uns von denen, die keine solche Kritik formulieren. Nur die große Mehrheit kann aber im Interesse der großen Mehrheit den Umbau dieser Gesellschaft und die notwendigen Umwälzungen bewerkstelligen. Besonders zu sein

für eine Auszeichnung zu halten, entspringt der Abgrenzung des Bürgertums von dieser Masse und dessen Betonung der Individualität.

Wenn unser Verband etwas zu Veränderung der Bedingungen, unter denen unsere Klasse lebt, beitragen möchte, muss er jene Punkte herausgreifen, die ein Gemeinsames dieser Klasse bilden. Im Unterschied zu anderen Jugendverbänden betont die Arbeiter*innenjugend nicht das Weltanschauliche, sondern das gemeinsame Organisieren nach Interessen, nicht nach Köpfen.⁶ Diese Betonung der Interessen und des Gemeinsamen bedeutete übrigens keineswegs, eigene inhaltliche Auffassungen aufzugeben. Aber es betonte die Rolle von Kritik, Bildungsarbeit und Diskussion, statt der von Positionen, vermeintlichen Basisbanalitäten und Bekenntnissen. Man sollte entsprechend, nur weil man sich erinnert, Teil der Lohnabhängigen zu sein, nicht glauben, dass die Lohnabhängigen Engel wären, heimliche Sozialist*innen oder etwas Vergleichbares – sie sind, wie wir selbst, erniedrigte, geknechtete, verlassene und verächtliche Wesen mit all ihren Beschädigungen und Hässlichkeiten. Der Rest der Klasse teilt mit uns in der Regel nicht automatisch seine politischen Ansichten, sondern ein Schicksal – so unterschiedlich dieses Schicksal innerhalb der Klasse selbst auch ist.⁷

Kern dieses Schicksals ist die ungesicherte Existenz der Lohnabhängigen, ob es sich nun in prekären Beschäftigungen, ständigen Befristungen, zahlreichen Überstunden bei mäßigem Lohn, dem Zwang zum lebenslangen Lernen usw. ausdrückt. Eigentümlicherweise ist diese Existenz bei einem Teil der Arbeiter*innenjugend nur indirekt präsent. Dies hat mit veränderten Ausbildungswegen der Arbeiter*innenjugend zu tun. Weniger als die Hälfte der jungen Menschen, und damit auch nur noch ein Teil der Arbeiter*innenjugend, beginnt heute eine Ausbildung. Das durchschnittliche Alter, mit dem eine solche Ausbildung aufgenommen wird, ist 19 Jahre. Bedenkt man, dass unsere Vorläuferorganisation, die Sozialistische Arbeiter-Jugend, sich ursprünglich an die schulentlassene Jugend richtete und damit 14-Jährige meinte, sieht man, wie groß die Verschiebung ist und was dies für das Altersgefüge unseres Verbandes bedeutet.

Die zunehmende Zahl der Studierenden, die mehrheitlich schon lange das Heer qualifizierter lohnabhängiger Arbeitskräfte statt die Reihen eines privilegierten Bürgertums füllen, reagiert auf diesen neuen Ausbildungskontext unterschiedlich. Schon der 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung stellte fest, dass für einen Teil der Studierenden das Studium in erster Linie eine Verlängerung der Schule bedeutet und als eine Art

schulischer Ausbildung gehandhabt wird. Die Wahl eines Studienfaches richtet sich nach dem späteren Berufswunsch und ein zügiges Ende des Studiums wird angestrebt. Ein anderer Teil – übrigens der statistisch privilegiere – verlängert seine Ausbildung an der Hochschule. Die Verlängerung reduziert den schulischen Charakter des Studiums und erhöht die individuellen gefühlten Freiheiten. Durch diese gefühlte Freiheit wird die Studienphase vor allem als Emanzipation und Möglichkeit zur eigenen Entfaltung missverstanden – allerdings häufig bei gleichzeitiger Fortdauer der finanziellen Abhängigkeit von Verwandten.

Während für den ersten Teil der Studierenden, der die drohende Lohnabhängigkeit in der Organisation ihres Studiums berücksichtigt, gerade dieses Realitätsbewusstseins den Zwang zur Anpassung bedeutet, zeigt sich spätestens am Ende des Studiums, dass es sich beim zweiten Teil tatsächlich um ein Missverständnis handelt. Nämlich dann, wenn sich die faktische Abhängigkeit von der Lohnarbeit durch Orientierungslosigkeit oder Panik bemerkbar macht. Die Verzögerung des Studiums bis Ende Zwanzig/Anfang Dreißig ist wohl noch am ehesten als Reaktion auf einen unliebsamen aber notwendigen Übergang zu verstehen, dessen Gelingen fragwürdig ist und der umso schwieriger scheint, je mehr die zeitweise Selbstbestimmung nicht durch eine nachträgliche Anpassung und Affirmation des eigenen lohnabhängigen Schicksals kompensiert wird.

Wenn wir dieses Schicksal nicht länger über uns ergehen lassen wollen, um uns bestenfalls einzubilden, wir seien über es erhaben, sollten wir uns selbst aktiv einmischen. Es bleibt aber zu diskutieren, was das vor dem Hintergrund des Ausgeführten bedeutet. Es ist die originäre Aufgabe unserer Verbandes, diese Auseinandersetzungen, die all zu oft praktisch noch als private Probleme behandelt werden, durch ein jugendpolitische Wirken zu unterstützen.⁸

**Wenn wir das Schicksal
nicht über uns ergehen
lassen wollen,
sollten wir uns
aktiv einmischen.**

UNSERE SOZIALISTISCHE JUGENDPOLITIK

Versuchen wir vor diesem Hintergrund zu umreißen, wie wir als sozialistischer Jugendverband jugendpolitisch aktiv werden können, fällt Verschiedenes auf:

Notwendigkeit und Grenzen der Bündnispolitik

Da wir nicht diejenigen sind, die über Realpolitik, z. B. Gesetzgebung, entscheiden, sind wir auf Bündnispartner*innen in der Politik und in den Staatsapparaten angewiesen. Diese Zusammenarbeit kann aus einem recht banalen Grund keine Zusammenarbeit mit einer Partei sein, mit der wir uns identifizieren können.⁹ Denn eine sozialistische Partei ist schlichtweg nicht in Sicht. In der Sozialdemokratie gibt es vereinzelt Sozialist*innen, aber ihr Einfluss ist in der Regel so gering, dass sie keine sozialistische Politik durchsetzen können. Die Linkspartei gebärdet sich dafür in der Opposition sozialistisch, regiert umso entschiedener sozialdemokratisch, um regelmäßig die Koalitionspartner dafür verantwortlich zu machen, dass nicht mehr geht, während es unter den Realpolitiker*innen innerhalb der Partei genauso hoch im Kurs steht, Verantwortung für den Staat zu übernehmen, wie bei Grünen oder SPD. In unserer Bündnispolitik können wir also nur auf Kontakte und inhaltliche Überschneidungen setzen. Die SPD scheint mir hier in den meisten Fällen noch immer der beste Partner zu sein, den wir haben. Hinzu kommen Fachkräfte innerhalb der Verwaltung, die sich über Fachthemen interessieren lassen. Gerade weil es sich nicht um verlässliche Partner*innen bei der Durchsetzung der Interessen der Arbeiter*innenjugend handelt, muss die Zusammenarbeit sachlich immer wieder neu aufgestellt werden und mit möglichst konkreten Vorhaben Unterstützung für unsere Anliegen gefunden werden.

Sozialistische Jugendpolitik braucht Expert*innen und kann doch nicht von ihnen gemacht werden

Wenn wir sozialistische Jugendpolitik als Politik zur Durchsetzung von Interessen innerhalb dieser Gesellschaft begreifen, dann brauchen wir Menschen, die sich mit diesem Feld der Politik auskennen, die Gesetzesgrundlagen und Institutionen kennen, gegenwärtige Diskussionen verfolgen, Möglichkeiten identifizieren usw. Es ist naiv anzunehmen, dass 16-Jährige diese Aufgabe übernehmen können und wollen. Denn diese Aufgabe setzt Wissen voraus, was die Folge von Bildung ist und Bildung ist etwas, das man sich aneignet. Dieser Prozess der Aneignung braucht Zeit. Zum Fachwissen treten verschiedene Dinge, die aus Büchern überhaupt nicht

zu lernen sind, sondern nur in politischer Auseinandersetzung gelernt werden können: in der Gremienarbeit, in der Diskussion mit Vertreter*innen anderer Verbände, von Verwaltung und Politik etc. Aus dem gleichen Grund ist man mit 25 oder 50 auch nicht per se besser geeignet, denn eine Auseinandersetzung braucht nicht nur Zeit, sondern muss auch stattfinden. Um diese Auseinandersetzung zu ermöglichen braucht es Ressourcen: Orte, Strukturen und Aktive. Die Bildung von Expert*innen sollte der Verband nicht dem Zufall überlassen, denn dieser funktioniert nur mäßig, begünstigt diejenigen, die von zu Hause einen größeren Erfahrungshintergrund mitbringen oder fördert schlimmstenfalls diejenigen, die darin ein interessantes Spielfeld zur eigenen Profilierung begreifen und nicht ein notwendiges Feld politischer Auseinandersetzung im Interesse unseres Verbandes, unserer Mitglieder und unserer Klasse. Und doch ist es mit der Ausbildung dieser Expert*innen nicht getan, denn wir wollen keine Organisation für Expert*innen sein, die vielleicht früher oder später Karriere in dem Bereich machen, in dem sie sich zuvor ehrenamtlich eingebracht haben.

Wenn wir wollen, dass die Kritik dieser Gesellschaft einmal zu mehr führt als zu mittelmäßigen Aufsätzen in den Publikationen unseres Verbandes und zu Haus- und Abschlussarbeiten seiner studierenden Mitglieder, dann müssen sich mehr in die Kritik der Gesellschaft einbringen, als ein paar Funktionär*innen, dann muss die Masse der Lohnabhängigen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Schöne Reden, entschlossene Appelle oder kluge Aufsätze werden das jedoch niemals zu Wege bringen. Diese setzen immer schon ein Interesse voraus, dessen Zusammenhang mit den eigenen Alltagsinteressen überhaupt erst praktisch erfahren werden muss – das ist bei denjenigen, die sich bereits heute für diese inhaltliche Auseinandersetzung interessieren, nicht anders als bei denen, denen sie heute noch am Arsch vorbeigeht. Unser Verband muss also für Interessen eintreten und erfahrbar machen, dass dieser Einsatz möglich ist und erfolgreich sein kann. Dann aber muss sozialistische Jugendpolitik mehr sein als das Einbringen von Anträgen in den Deutschen Bundestag und auf Parteitag der SPD. Sie muss ein Teil der alltäglichen politischen Arbeit unseres Verbandes werden. Er würde sich und seinen Mitgliedern zugleich ein Feld der Auseinandersetzung eröffnen, auf dem politisch mehr zu lernen ist und sogar mehr gewonnen werden kann, als beim x-ten Versuch einen Aufmarsch von 30 Nazis zu verhindern.¹⁰

Konkrete Ziele ohne sich zu verzetteln

Wenn sich das Aufzeigen einer revolutionären Perspektive niemals auf die Lächerlichkeit beschränkt, in abstrakter Weise allgemeine Ziele zu proklamieren, sondern stets darin besteht, zu beschreiben und zu erklären, was Tag für Tag passiert, dann müssen wir konkrete Ziele für unsere Arbeit benennen. Konkrete Ziele, die es uns erlauben, unsere Interessen so weit wie möglich durchzusetzen. Eine solche Arbeit ist aber nur dann möglich, wenn wir unsere beschränkten Möglichkeiten nicht klein reden oder uns mit unverbindlichen Erklärungen (von anderen oder uns selbst) zufriedengeben. Eine solche Politik lebt von realistischen Einschätzungen und realistisch muss man anerkennen, dass in dieser Gesellschaft ganz schön wenig möglich ist. In dieser Gesellschaft herrscht ein großes Kräfteungleichgewicht, in dem der Wille eines*r verstimelter*n Konzernchefs*in immer noch mehr wiegt als der von zehntausend unzufriedenen Hartz 4 Empfänger*innen.

Denn am Interesse des Kapitals kommt innerhalb des Kapitalismus langfristig auch ein zwischenzeitlicher Sieg der Lohnabhängigen nicht vorbei. Und sei es nur, weil die Kapitalbesitzer*innen darauf verweisen, dass ihr Mangel am Profit im Zweifel zu einem Mangel an Arbeit für Hunderte Arbeiter*innen und damit Wegfall von deren Arbeitskraft in der Region, Zahlung von Transferleistungen usw. führt. Ausbeutung bedeutet nicht nur, dass die Arbeit der Einen ganz legal die Anderen reich macht, sondern auch ein Ungleichgewicht der Kräfte: Denn weil wir unser Leben nur bestreiten können, wenn wir unsere Arbeitskraft verkaufen, ein Unternehmen unsere Arbeitskraft aber nur kauft, wenn es an uns verdienen kann, müssen die Abhängigen auf den Erfolg des Unternehmens hoffen. Denn das Ende des Profits, der auf die eigenen Kosten erwirtschaftet wird, kostet uns unseren Lebensunterhalt.

An diesen Problemen ist – nach der besonderen Phase der Nachkriegszeit – jede Realpolitik, die eine Verbesserung der Situation der Massen verspricht, letztlich gescheitert. Eine andere Politik steht uns hier und heute jedoch nicht zur Verfügung. Wem es nicht reicht, die Augen zuzumachen und von einer anderen Politik zu träumen und hin und wieder so zu tun, als sei eine solche möglich, der*die wird eine solche Politik machen müssen. Zum Realismus gehört aber nicht nur, die wenigen Möglichkeiten wahrzunehmen und sich für die eigenen Interessen einzusetzen, sondern auch die Beschränktheit der Möglichkeiten zu benennen und die uns aufgezwungenen Mittel zu kritisieren.

Zum Realismus gehört auch, die uns aufgezwungenen Mittel zu kritisieren.

1 Darin liegt eine notwendige Benachteiligung jeder sozialistischen oder sozialdemokratischen Politik im Parlament. Sie muss mit einem Programm sozialer Verbesserung antreten und ihre Wähler*innen gewinnen. Sie kann dieses Programm aber nur in seltenen historischen Situationen umsetzen und alle Errungenschaften dieser Politik drohen immer bereits wieder verloren zu gehen, sobald eine Änderung der historischen Situation eintritt. Das Kapital lässt sich diese Forderungen nur in Zeiten einer allgemeinen Unruhe und Erhebung abtrotzen, um seine Fortbestehen zu sichern und kann es nur dort, wo es sich so erfolgreich verwertet, dass Steuererhöhung, Verbesserungen der Arbeitssituation usw. dessen Existenz nicht gefährden. (Das heißt natürlich nicht, dass das Kapital nicht immer behauptet, dass es in seiner Existenz bedroht sei, wenn man ihm an die Profite will – das Drama seines beschworenen Untergangs, sollte die Welt sich nicht seinem Willen unterwerfen, ist sein tägliches politisches Geschäft und zugleich seine innerste Überzeugung).

Rosa Luxemburg war deswegen der Ansicht, dass sozialdemokratische Politik ihrem Wesen nach Oppositionspolitik sei, auch wo sie sich für konkrete Veränderungen einsetzt. Diese Politik verhinderte die Koalitionsfähigkeit der Sozialdemokratie. Statt zu regieren, sollte die Arbeiter*innenbewegung, wenn sie einmal die Mehrheit habe, die bürgerliche Gesellschaft und den Kapitalismus lieber mit Unterstützung der Massen abschaffen.

2 Das heißt im Umkehrschluss, dass sie es nicht sein muss. Eine Kritik von Staat und Kapital muss nicht nur deren Ende wünschen, sondern diese auch begreifen und ihre Abschaffung zumindest geistig vorwegnehmen können.

3 Dies ist Rosa Luxemburgs Theorie über die Spontaneität der Massen, die zur Revolution führt, indem sie sich selbst organisiert, weil sie die Umstände, in denen sie leben, unerträglich finden und sie verändern wollen.

4 Eine genauere Betrachtung würde m.E. zeigen, dass auch diese Bilder des richtigen Lebens – sei es nun das das sich raushalten, sei es des richtigen Konsums usw. – selbst fragwürdig sind. Ihre Ohnmacht und der Wille sich mit ihnen zu profilieren, macht sie dumm. Das wäre allerdings ein anderes Thema.

5 Dabei sollte nicht vergessen werden, dass diese Einsicht und Distanz selbst ein Privileg ist, dass darauf beruht innerhalb dieser Gesellschaft auf Kosten derer, die täglich sich abmühen, um einigermaßen zurecht zu kommen, sich nicht täglich abmühen zu müssen, sondern die Zeit und Muße zu finden, sich Gedanken zu machen. Zu diesem Privileg gehört auch eine bürgerliche Kälte, die verhindert, dass man direkt zur Milde rung des Leidens aktiv wird oder sich einen Job sucht, bei dem man schlechter dasteht, aber eine weniger privilegierte Position bekleidet. Auch hier ist das Richtige mit dem Falschen verschwistert.

6 Diese Haltung hat – bei allen Unterschieden zwischen Strömungen und Gliederungen – innerhalb des Verbandes lange überlebt und ihn positiv von den verschiedenen Gruppen der linken Szene und politischen Radikalen unterschieden. Dass er diesen Unterschied in der Vergangenheit zu einem Weltanschaulichen aufgeplustert hat und deswegen mehrheitlich die inhaltlichen Debatten innerhalb der Linken unzureichend verfolgte, rächt sich heute, wo er sich anschiekt, gerade diesen Blödsinn verspätet von ihnen zu übernehmen.

7 Was übrigens nie anders war. Auch vor 100 Jahren unterschieden sich die einzelnen Teile des Proletariats, Landarbeiter*innen unterschieden sich von Industriearbeitern in den Städten, diese von den Dienstmädchen. Die Buchdrucker führten ein anderes Leben als die Lohnabhängigen in den Büros und Kaufhäusern usw. usf. Das Bild einer homogenen Arbeiterschaft ist eine nachträgliche Konstruktion und hat vor allem durch parteikommunistische Kulturprodukte und später die Studienbewegung und deren Verfallsprodukte seine Prägung erfahren. Deren Idealisierung der Arbeiterschaft folgte dem gleichen Muster mit dem später die so genannten Randgruppen (Ausländer, POC, Homosexuelle...) durch radikale Studierende idealisiert wurden und werden.

8 Interessanterweise ist die Lösung, die der Verband gegenwärtig vielfach gibt, eine ebenfalls bloß private: Durch seine Bildungsarbeit und die Übernahme von Ehrenämtern fungiert unser Verband als Agentur sozialen Aufstiegs: in ihm lernen junge Menschen einen Zugang zu Wissen und Kompetenzen, die in ihrer Klasse sonst häufig nicht erworben werden können.

9 Man könnte an dieser Stelle mit einigem Recht auch grundsätzlicher fragen, ob eine solche Identifikation mit einer Partei oder Organisation überhaupt sinnvoll ist. Immerhin bezeichnet sie regelmäßig die Mentalität einer Gefolgschaft, die im Zweifel aus bloßer Zugehörigkeit und um den Ruhm der eigenen Organisation und ihres Führungspersonals nicht zu schmälern, fast allen Quatsch mit macht. Eine solche Gefolgschaft mag zwar nach Zuweisung einiges an Arbeit für die Organisation machen, bleibt aber zumindest solange darin passiv, bis sie es nicht mehr aushält und austritt.

10 Damit soll dieser Versuch gar nicht schlecht geredet werden, in Anbetracht der oft knappen Ressourcen wundert es den Autor aber, mit welcher Hartnäckigkeit Aktive versuchen, zum 20. Mal eine Nazi-Demo von ein paar Spinnern zu blockieren, dabei die immer gleichen meist recht hohlen Parolen zu rufen, um am Ende keinen Erfolg zu haben. Auch wo die Blockade gelingt, kann meist niemand so recht sagen, warum das nun ein Erfolg sein soll – denn die Nazis sind davon so wenig aus der Welt, wie Rassismus oder Antisemitismus auch nur gemindert.

11 Ein Haufen Leute arbeitet natürlich heute hierzulande nicht mehr in Unternehmen oder Abteilungen, die Profit erwirtschaften. Ihre Arbeit wird bezahlt, damit das ganze Zeug überhaupt verkauft wird und trägt so zur Realisierung des Mehrwerts bei oder wird vom Staat finanziert, damit die Herrschaft hier rund läuft. So produziert ein Haufen von uns Ideologie, die auf eine Verbesserung des reibungslosen Ablaufs dieser Gesellschaft beitragen sollen, kümmert sich um die Qualifizierung oder den Erhalt der Arbeitskraft, versorgt diejenigen, die am Arsch sind und in dieser Gesellschaft kaum noch eine Chance haben, sich dafür aber umso mehr um diese bemühen sollen, damit die Politik sich das herrschende Elend nicht vorwerfen lassen muss usw. usf.

Jugendverbände
dürfen durchaus
auch einmal
chaotisch
und vor allem
selbstbestimmt
sein.

DAS POTENZIAL UNSERER TRÄGERVEREINE

Benjamin Wagner · Klaus Bechtold

Landesverband Hessen

Rotzfreches Spielmobil der SJD – Die Falken Darmstadt

In vielen Gliederungen unseres Verbandes sind nicht nur der Verband selbst mit seiner pädagogischen und politischen Arbeit, sondern auch viele Trägervereine mit unterschiedlichen Strukturen und Tätigkeitsfeldern aktiv. Unter einem Trägerverein verstehen wir einen vom Verband oder aus Verbandsstrukturen heraus gegründeten Verein und damit eine neue Rechtsform, dessen Ziel und Zweck es ist, die wesentlichen Inhalte und Ansätze der Falkenarbeit über den Verband hinaus zu verbreiten. Ein Ziel kann dabei auch sein, die Verbandsarbeit zu unterstützen und zu fördern. Dies kann in vielfacher Hinsicht, auf unterschiedlichen Ebenen sowie auf unterschiedliche Art und Weise geschehen. Dabei ist eine Debatte um das Potenzial von Trägervereinen und das Verhältnis zwischen ihnen und dem Verband keine neue. Diese Debatte findet seit vielen Jahrzehnten immer wieder auf den unterschiedlichen Ebenen unseres Verbandes statt. Daher kann dieser Beitrag sicherlich nicht allgemeingültig und absolut sein, aber er kann hoffentlich einige Denkanstöße und Einordnungen liefern.

DER VERBAND UND SEINE TRÄGERVEREINE

Mit dem Verband und den Vereinen sind zwei unterschiedliche Rechtsformen verbunden, die einen Unterschied beispielsweise im Hinblick auf eine Vermögensbildung oder den Tätigkeitszweck der Organisation machen. Die jeweiligen Tätigkeitsfelder des Verbandes und der Trägervereine ergeben sich als Rechtsgrundlage verankert im SGB VIII, der wir auch inhaltlich folgen würden.



Paragraph 12 des SGB VIII regelt die Förderung von Jugendverbänden. Auf dieser Grundlage werden Jugendverbände als Orte beschrieben, an denen Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet wird. Die Arbeit von Jugendverbänden ist auf Dauer angelegt und in der Regel auf die eigenen Mitglieder ausgerichtet. Die allgemeine Jugendarbeit ist in Paragraph 11 geregelt. Hiernach haben Staat und Gesellschaft die Verpflichtung, die Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen nach den entsprechenden Bedarfen zu fördern. Die Aufgabe der Förderung der Entwicklung muss der Staat dabei mit einer entsprechenden Finanzierung an Träger vergeben oder er bietet sie selbst an, wenn kein Träger in Frage kommt. Die Angebote der Jugendarbeit leiten sich dabei immer aus einem konkreten Bedarf von (einer Gruppe) Kinder und Jugendlicher ab. Daher erbringen Träger der Jugendhilfe im Rahmen der Jugendarbeit so gesehen eine Dienstleistung im Auftrag der entsprechenden Behörde, meist das Jugendamt bzw. die Kinder- und Jugendförderung. Die Förderung der Jugendverbände erfolgt dagegen ohne konkret festgestellten Bedarf oder besonderen Zweck. So dürfen Jugendverbände selbst durchaus auch einmal chaotisch und vor allem selbstbestimmt sein, schließlich ist der Zweck die Selbstorganisation der (jugendlichen) Mitglieder und kein »Produkt«.

Unsere Trägervereine sind häufig Träger der Jugendarbeit, damit wird hier eine emanzipatorische Jugendarbeit auf Ebenen umgesetzt, die nicht direkt zu klassischen und zentralen Tätigkeitsfeldern eines Jugendverbandes gehören. Der inhaltliche Grund für einen Trägerverein des Verbandes liegt somit darin, die politischen, emanzipatorischen und sozialistischen Bildungsmomente des Verbandes auch in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe umzusetzen, in denen ein Jugendverband klassischerweise nicht tätig ist.



**Trägervereine
können den
politischen
Spielraum
des Verbands
erweitern**

TRÄGERVEREINE KÖNNEN DIE VERBANDS- STRUKTUREN ENTLASTEN

Bei einer lebendigen Verbandsstruktur vor Ort, also einer Gliederung, die viele Veranstaltungen, Maßnahmen und Seminare organisiert und durchführt, sind die Strukturen und vor allem die ehrenamtlichen Funktionär*innen häufig sehr belastet. Im Vorstand des Verbandes stehen immer wichtige Diskussionen und Entscheidungen an. Das nächste Zeltlager muss vorbereitet werden, Gruppenstunden finden statt, es braucht strategische Überlegungen für neue Gruppenhelfer*innen vor Ort und es stehen Veranstaltungen, Freizeiten, Seminare an. Dafür muss die Helfer*innenqualifikation konzeptioniert und angeboten werden, der Austausch mit Bündnis- und Kooperationspartner*innen möchte sichergestellt werden und eventuell gibt es auf der Ebene des Ortsverbandes, Unterbezirks oder Bezirks eine Personalverantwortung wahrzunehmen. Darüber hinaus werden Kinderfeste veranstaltet und es findet ein jugendpolitisches Engagement, häufig in den Jugendringen, statt. Und das sind nur einige Beispiele für das, was ein ehrenamtlicher Vorstand für ein aktives Bildungs- und Jahresprogramm selbstorganisiert und selbstbestimmt auf den Weg bringt.

Die zusätzliche Verantwortung für ein Spielmobil, die Verwaltung der eigenen Seminarhäuser und/oder Zeltlagerplätze oder für eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit kann hier schnell zu viel werden. An Träger der Kinder- und Jugendhilfe gibt es hohe Ansprüche, die eine große Verantwortungswahrnehmung erfordern. Dies bringt auch die Personalverantwortung für alle Mitarbeiter*innen und Sicherung der Qualität der Angebote in den entsprechenden Einrichtungen mit sich.

Durch die Gründung eines Vereins besteht die Möglichkeit, diese Tätigkeiten aus dem Verband auszulagern bzw. über die Tätigkeitsfelder des Verbandes hinaus aktiv zu werden – sowohl in finanzieller als auch in rechtlicher Hinsicht. Einem gewählten Vorstand des Trägervereins obliegt dann die Personal- und Einrichtungsführung, was eine enorme Erleichterung für die verbandlichen Strukturen sein kann. Die aktiven Menschen im Verband werden so von einem großen Stück Verantwortung entlastet. Dies hat häufig konkrete Auswirkungen auf die Zusammensetzung der ehrenamtlichen Vorstände in den Gliederungen. Bei der hohen Verantwortung ohne einen Trägerverein, gerade im Hinblick auf Personal, Finanzen und Konzeption der Einrichtung, braucht es in der Regel Menschen mit entsprechenden Erfahrungen im Vorstand. Häufig steht diese notwendige Erfahrung mit dem Alter in Verbindung. Eine Struktur mit Trägervereinen ermöglicht somit zumindest auf der Ortsverbandsebene häufig

deutlich jüngere Vorstände, die die inhaltliche Arbeit prägen und selbstorganisiert gestalten. In einem politischen Kinder- und Jugendverband, in dem junge Menschen ihre Interessen selbstorganisiert vertreten, ist dies nicht unerheblich. Es macht einfach einen Unterschied, ob über die Aktivitäten im Falkenhaus oder den Inhalt der nächsten Freizeit Genoss*innen Mitte der 30er und Anfang der 20er oder teilweise noch jünger entscheiden. Dass sich in unserem Verband junge Menschen aktiv auch in Vorständen engagieren, ist aber nicht nur inhaltlich, sondern auch aus einer strategischen Perspektive wichtig. Junge Menschen erleben den Verband somit schnell als politische Organisation, in der sie auf allen Ebenen nicht nur partizipieren, sondern auch gestalten können. Darüber hinaus sammeln sie schnell entsprechende Erfahrung in der Gremienarbeit, die sie sicherlich auf vielen weiteren Ebenen des Verbandes einbringen werden.

TRÄGERVEREINE KÖNNEN DEN POLITISCHEN SPIELRAUM DES VERBANDS ERWEITERN

Die oben bereits beschriebene Entlastung der Vorstände innerhalb des Verbandes im Hinblick auf Personal- und Finanzverantwortung in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, können nicht nur die Struktur entlasten. Wenn Verantwortung ausgelagert wird, werden die Tagesordnungspunkte der Sitzung erst einmal weniger. So entsteht Raum für die »politischen« Themen, die sonst häufig von Tagesordnungspunkten zum Personal, zu Finanzen und Tagesordnungspunkten, die die alltägliche Arbeit in den Einrichtungen betreffen, verdrängt werden. Dieser Raum für politische Themen ist sehr wichtig. Er ermöglicht Bildungsprozesse für ehrenamtliche, junge Vorstandsmitglieder, gewährleistet ein gutes und vor allem inhaltliches Bildungsprogramm der eigenen Gliederung. Außerdem ist dieser Freiraum für politische Themen auf der Vorstandsaenda natürlich die Voraussetzung dafür, den Verband jugendpolitisch stark aufzustellen und mit Inhalt auch nach außen vertreten zu können.

In erster Linie bietet die Gründung eines Trägervereins aber die erweiterte Möglichkeit, als Akteur in der Kinder- und Jugendarbeit tätig zu werden und damit die Inhalte des Verbandes und die Falkenpädagogik weit über den Verband hinaus zu betreiben. Politisches Ziel des Verbandes ist es, die Gesellschaft zu verändern. Hierbei können auch die Trägervereine eine wichtige Rolle spielen, indem sie die Falkenpädagogik mit den politischen Inhalten in andere Lebensbereiche und damit über die Strukturen des Verbandes hinaustragen und damit in die Gesell-

schaft hineinwirken. Denn das Betreiben einer Kindertagesstätte oder eines Hortes mit einem emanzipatorischen Erziehungsbegriff und dem damit in Verbindung stehenden pädagogischen Verständnis ist eigentlich kein klassisches Tätigkeitsfeld eines Jugendverbandes, obwohl Jugendliche dies vielleicht selbstorganisiert auch könnten.

Durch die Tätigkeiten der Trägervereine werden aber nicht nur unsere Inhalte, unsere Werte und unsere Pädagogik nach außen getragen, sondern im unmittelbaren Umfeld des Verbandes wird eine pädagogische Fachexpertise aufgebaut, die der Verband so von alleine nicht überall entwickeln könnte. Diese Expertise durch hauptamtliche Pädagog*innen kann auf gemeinsamen Zeltlagern, Freizeiten oder auch bei der Entwicklung von Schutzkonzepten für das Kindeswohl auch wieder in den Verband hineinwirken.

Darüber hinaus verschaffen die Einrichtungen, die als fester Bestandteil der verbandlichen Arbeit wahrgenommen werden, in der jugendpolitischen Öffentlichkeit ein nicht unerhebliches Standing. Hierzu ist eigentlich eine eigene Auseinandersetzung bzw. Debatte notwendig, daher soll nur kurz darauf eingegangen werden. Der Verband mag grundsätzlich autonomer in seinen jugendpolitischen Äußerungen und Forderungen sein, aber auch ein Falken-Trägerverein kann ein starkes jugendpolitisches Profil entwickeln. Aufgrund seines ständigen Zugangs zu Verwaltung und Politik kann er einen nicht unerheblichen Einfluss im Hinblick auf die Vertretung der Interessen von jungen Menschen entwickeln. Als anerkannter Träger der Kinder- und Jugendarbeit wird er meist als kompetenter Akteur innerhalb der Beurteilung der Bedarfe von Kindern und Jugendlichen wahrgenommen. Außerdem bringen Strukturen des Vereins Möglichkeiten mit, Jugendpolitik auch hauptamtlich zu betreiben, bspw. durch Vertreter*innen in Jugendhilfeausschüssen.

Und natürlich werden durch die in der Regel eher offene Arbeit der Trägervereine mehr Kinder und Jugendliche mit unserer Pädagogik erreicht. Die Kinder und Jugendlichen partizipieren so nicht nur an unserer politischen, emanzipatorischen und sozialistischen Bildung, sondern werden damit auch in ihrem konkreten Lebensumfeld erreicht. Häufig kommen die Kinder und Jugendliche so auch mit dem Verband in Kontakt oder werden sogar dort aktiv, indem sie mit auf die Maßnahmen, Freizeiten und Seminare fahren.

TRÄGERVEREIN KÖNNEN HELFEN FINANZIELLE MITTEL ZU AKQUIRIEREN

Grundsätzlich bekommt der Verband eine Förderung als Jugendverband. Diese Mittel sind für den selbstbestimmten Verbandszweck auszugeben, um eine lebendige Jugendverbandsarbeit von jungen Menschen für junge Menschen zu finanzieren. Die Mittel für die Trägervereine als Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind in der Regel zweckgebunden. Sie dürfen nur für den Betrieb eines Spielmobils, den Hort, das Jugendzentrum etc. ausgegeben werden und orientieren sich konkret an einem formulierten Bedarf. Die von den Trägervereinen zu erbringende »Dienstleistung« ist in der Regel vertraglich ausformuliert und zu erfüllen. So müssen Hauptamtliche vorgeschriebene Qualifikationen vorweisen können, Öffnungszeiten der Einrichtung sind vorgeschrieben oder Spielorte in den Stadtteilen, in denen das Spielmobil fahren soll, sind festgelegt.

Dennoch sind die Trägervereine für ihre Arbeit häufig besser ausfinanziert als der Verband selbst. Die Argumentationen mit dem konkreten Bedarf von Kindern- und Jugendlichen bspw. nach einem Jugendzentrum sind einfacher als das häufig in der Öffentlichkeit diffuse Bild von Jugendverbandsarbeit. Dadurch lassen sich auch gut entsprechende Summen fest kalkulieren und rechtfertigen. Im Zweifel gehen innerhalb der Kommune die Tätigkeiten der Jugendarbeit mit einem konkret benannten Bedarf vor. Daher hat der Trägerverein häufig Zugriff auf spezielle Fördertöpfe, die konkret zu der getätigten Jugendarbeit passen. Trägervereine vor Ort haben in der Regel auch eine tiefe Verwurzelung in kommunale politische Strukturen und können auf diesem Weg kommunale Fördermittel erzielen, die dem Verband nicht zur Verfügung stehen. In manchen Kontexten entsteht vielleicht sogar die Situation, dass ein Trägerverein finanzielle Mittel bekommt, die der Verband auch aufgrund seiner politischen Ausrichtung nicht erhalten würde. So entstehen Möglichkeiten, mithilfe des Trägervereins stabile finanzielle Mittel für die Arbeit der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu akquirieren.

Die so gewonnenen finanziellen Ressourcen – Geld, Hauptamtlichkeit, Anschaffungen wie bspw. Bullis, Musikanlagen etc. – stehen so einer sozialistischen Bildungsarbeit und der Falkenpädagogik zur Verfügung. Darüber hinaus können sie auch die konkrete Verbandsarbeit unterstützen, indem der Trägerverein mit ins Zeltlager fährt und/oder dem Verband den Bulli oder die Musikanlage für diese Maßnahme überlässt. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass der Trägerverein auch entsprechende Verwendungsnachweise abliefern muss und die Mittel in erster Linie für die Arbeit in der Einrichtung zur Verfügung stehen müssen, weil sie dafür gebraucht werden.

**Bei einem Träger-
verein als
Vermögensträger
ist die Bindung
an den Verband
besonders wichtig ...**



EIN SONDERFALL: DER TRÄGERVEREIN ALS VERMÖGENSTRÄGER

Ein Sonderfall der Trägervereine in unserem Verband stellt der Trägerverein als Vermögensträger dar. Unser gemeinnütziger Verband darf nur bis zu einem gewissen Umfang Vermögen bilden und ist vor allem nicht grundbuchseintragsberechtigt. Durch Einträge im Grundbuch werden die Eigentumsverhältnisse von Immobilien und Grundstücken festgehalten. Da der Verband hier nicht als Eigentümer eingetragen werden kann, braucht es die Rechtsform als (gemeinnützigen) Verein, um Seminarhäuser und Zeltplätze im Eigentum zu unterhalten. Diese Funktion kann ein Trägerverein als Vermögensträger erfüllen, dessen Vereinszweck dann die Vermögensverwaltung oder das Betreiben von sozialistischen Bildungseinrichtungen oder ähnliches ist.

Bei einem Trägerverein als Vermögensträger ist die Bindung an den Verband besonders wichtig, da das Vermögen in Form von Gruppenhäusern, Seminarhäusern und Zeltplätzen eine elementare Grundlage unserer Verbandsarbeit ist. Dieses Vermögen muss dem Verband für seine pädagogische und politische Arbeit zur Verfügung stehen und darf keinesfalls verloren gehen.

**... da das Vermögen
eine elementare
Grundlage
unserer Verbands-
arbeit ist.**

BINDUNG DER TRÄGERVEREINE AN DEN VERBAND

Die Trägervereine sind rechtlich gesehen selbstständige Organisationen, in der Regel in der Rechtsform als Verein. Natürlich sollte es sich bei jedem Trägerverein um einen gemeinnützigen Verein handeln (wird über den Satzungszweck geregelt), da auch unsere Trägervereine als anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe tätig sein sollten und wir uns als Verband gar nicht leisten können, auf die Steuerbegünstigungen zu verzichten. Bei der Ausgestaltung der Satzung des Trägervereins ist es allerdings von großer Wichtigkeit, dass genau überlegt wird, wie der Verein mit dem Verband verzahnt werden kann. Denn es nützt nichts, wenn sich der Verein in seiner Entwicklung vom Verband entfernt und dessen pädagogischen und politischen Zielen gar nicht mehr zur Verfügung steht, weil er ein völlig unabhängiges Eigenleben entwickelt hat. Dabei kann ein Trägerverein durchaus eine eigene Identität entwickeln, muss sich aber auch an den Werten, der Pädagogik und dem politischen Verständnis des Verbandes messen lassen.

Als Vermögensträger sollte der Verein in seiner inneren Struktur an den Verband gebunden sein. Dies kann auf unterschiedliche Arten erfolgen. In Frage kommende Modelle regeln grundsätzlich die Mitgliedschaften. Hierbei können sowohl Gliederungen des Vereins als auch deren Vorstände als geborene Mitglieder geregelt sein. So bleibt zumindest strukturell gewahrt, dass der Verein stets im allgemeinen verbandlichen Interesse handelt und wirklich als Vermögensträger zur Verfügung steht. Dazu gehört dann aber auch, dass Verantwortungsträger des Verbandes die entsprechenden Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen der Trägervereine ernst- und wahrnehmen. Dies alles sollte im Vorfeld einer Vereinsgründung bedacht und innerhalb der Satzung geregelt werden, bevor es zu einer Vereinsgründung kommt. Für alle Trägervereine gilt dabei, dass eine solche Verzahnung auch gelebt und mit Leben gefüllt werden muss. Eine bloße Verbindung über die Struktur überlebt sich vielleicht doch irgendwann, gerade wenn Hauptamtliche des Trägervereins vielleicht nicht aus dem Verband kommen oder (chaotische) Jugendverbandsarbeit per se nicht kennen. Die Struktur von ehrenamtlichen Vorständen mit hauptamtlichen Mitarbeiter*innen ist nämlich auch nicht in jedem Träger der freien bzw. offenen Kinder- und Jugendarbeit vorhanden und kann deshalb dem Trägerverein im Vergleich zu anderen Trägern auch vor Herausforderungen stellen.

... dass der Verein
stets
im verbandlichen
Interesse handelt.



Mit Leben gefüllt werden kann die Bindung nur durch gemeinsame Abstimmungen und einen gemeinsamen Austausch. Dies funktioniert nach unserer Erfahrung nicht ausreichend durch gemeinsame Sitzungen oder Treffen der Vorstände, auch wenn dies ein wichtiger Baustein in einem gelebten Austausch sein kann. Auch der gegenseitige Besuch bei Konferenzen oder Mitgliederversammlungen kann wichtig sein. Grundsätzlich lebt eine Bindung aber von Aushandlungsprozessen und gemeinsamen Vorhaben bzw. Projekten. Aushandlungsprozesse können dabei durchaus mit kontroversen Meinungen geführt werden, schließlich denken der Verband und die Trägervereine ihre jeweilige Arbeit durchaus aus verschiedenen Perspektiven. Meinungsunterschiede sind, konstruktiv miteinander diskutiert, hier sogar eher fruchtbar, um im Gespräch über gemeinsame Werte, Pädagogik und politische Ziele zu bleiben. Nur in einem ständigen Aushandlungsprozess über einen gemeinsamen emanzipatorischen und sozialistischen Pädagogikbegriff wird man zusammen zu der sozialen Bewegung, die Gesellschaft verändern kann und das Leben von vielen Kindern und Jugendlichen schon im Hier und Jetzt bereichert. Eine Austauschebene können hier etwa gemeinsame Fahrten und Freizeiten oder gemeinsame Hauptamtlichenschulungen sein. Hier liegt es auch am Verband, geeignete Formate zu entwickeln und umzusetzen.

Ein Trägerverein muss dabei nicht immer eng an den Verband angeschlossen sein (außer er ist als reiner Vermögensträger gedacht!). Eine Anbindung ist keine notwendige, allerdings eine wichtige Voraussetzung für eine gemeinsame sozialistische Pädagogik, die zum Ziel hat die Gesellschaft zu verändern.

FAZIT

Eine vermeintliche Reduzierung unserer Trägervereine auf die Bereitstellung von Ressourcen und die Verwaltung von Vermögen greift also zu kurz. Ein Trägerverein muss nicht die Arbeit des Verbandes direkt unterstützen, um eine gute Arbeit zu machen. Nicht immer macht der Verband inhaltlich die bessere Arbeit. Dazu fehlen häufig engagierte sowie politisch und pädagogisch fitte Menschen. Daher wird es der Sache nicht gerecht, grundsätzlich Trägervereine ausschließlich nach ihrer Anbindung an den Verband und an deren Ressourcenbereitstellung zu messen. Trägervereine arbeiten häufig relativ unabhängig mit einer eigenen und guten emanzipatorischen Pädagogik, die von der Falkenpädagogik geprägt ist. Allerdings müssen sich die Trägervereine an den Inhalten und Grundsätzen des Verbandes messen lassen. So unterliegt die Bewertung des Potenzials unserer Träger-

vereine für die politischen Ziele des Verbandes und vor allem wie die jeweiligen Strukturen dann ausgestaltet sein müssen immer wieder Veränderungen und vor allem der Einschätzung der Gliederung vor Ort. Eine regelmäßige Auseinandersetzung mit diesen Fragestellungen ist also notwendig. Dazu braucht es nicht nur die Funktionär*innen des Verbandes, sondern auch die Entscheidungsträger*innen der jeweiligen Trägervereine und eventuell auch ältere Genoss*innen, die in beiden Strukturen tätig waren und die ein oder andere Entscheidung bzw. Struktur nachvollziehen und rekonstruieren können. Eine spannende Plattform dazu bietet sicherlich das Seminar »Verein(t) im Verband?! Die Falken & ihre Trägervereine« auf Bundesebene. Es ist zu hoffen, dass dieses Format regelmäßig angeboten wird, sich damit etabliert und vor allem die diskutierten und entwickelten Ergebnisse für den Verband nutzbar gemacht werden, um das Potenzial der Trägervereine auf allen Ebenen zu entdecken und zu nutzen. Grundsätzlich gilt aber, dass wer die Welt verändern möchte, auf vielen Ebenen aktiv werden muss, um mit einem sozialistischen Bildungs- und Pädagogikverständnis mit Kindern und Jugendlichen konkret in deren Lebensalltag zusammen zu arbeiten. Dabei können unsere Trägervereine eine Schlüsselrolle spielen.

POLITISCH- PÄDAGOGISCHE VERBANDS- ARBEIT

und/oder professionell geführte Aktivitäten?

Bernd Dobesberger Kinderfreunde Oberösterreich

Dieser Beitrag stellt nicht den Anspruch, eine allgemein gültige Antwort auf diese – tatsächlich komplizierte – Frage zu liefern. Es ist der Versuch, unsere Überlegungen und Erfahrungen aus der Organisationspraxis wiederzugeben. »Uns« bedeutet hier die Landesorganisation der Kinderfreunde in Oberösterreich. Ich war von 1995 bis 2014 Landesvorsitzender und die im Titel gestellte Frage hat uns kontinuierlich beschäftigt. Mitte der 1990er Jahre gab es in Oberösterreich ziemlich genau 100 Kinderfreunde-Ortsgruppen, als Basis der ehrenamtlich politisch-pädagogischen Aktivitäten. Zu diesen Ortsgruppen gehörten sogenannte Freundschaftskinder- und Falkengruppen ebenso wie Elternbildungsangebote usw. usf. Daneben führten die oberösterreichischen Kinderfreunde etwa 10 Kinderbetreuungsgruppen (Kindergarten- und Hortgruppen) und ein Kindertheater. Jetzt gibt es in Oberösterreich knapp über 150 Kinderfreunde-Ortsgruppen und es gibt etwa 150 Gruppen im Kinderbetreuungs-bereich, etwa 50 professionell geführte Eltern-Kind-Zentren, ein Kindertheater und eine Reihe anderer professionell Einrichtungen (darunter einige Jugendzentren oder therapeutisch begleitete Ferienaktivitäten für die Kinder- und Jugendhilfe des Landes Oberösterreich).

Diese Entwicklung war kein Zufall, natürlich war sie nicht in den einzelnen Details geplant, aber sie war von der Stoßrichtung her gewollt und beabsichtigt. Von den professionell geführten Einrichtungen haben wir uns zweierlei versprochen: erstens pädagogische Fachexpertise, die auch der politisch-pädagogischen Verbandsarbeit nutzen sollte. Zweitens eine höhere finanzielle Stabilität, die eben auch helfen sollte, die Struktur des ehrenamtlichen Organisationsbereichs abzusichern. Das muss aber auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass in Oberösterreich eine gesetzlich geregelte Finanzierung der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit faktisch nicht gegeben ist. Das heißt, politisch-pädagogische Vereine wie die Kinderfreunde können nur auf Projektmittel und Förderungen aus politischen Töpfen zugreifen.

Unsere Überlegungen sollen am Beispiel der »Eltern-Kind-Zentren« dargestellt werden. Diese bieten einerseits Aktivitäten für Kinder unter drei Jahren und deren Eltern: Es gibt Spielgruppen, Elterncafés, Workshops usw. usf. Die andere Schwerpunktaufgabe sind Elternbildungsaktivitäten mit Seminaren, Vorträgen, Diskussionen etc. Wir als Kinderfreunde kommen so mit Eltern und deren Kinder in Kontakt, für die wir sonst kaum oder gar keine Angebote haben. Wir haben als Kinderfreunde natürlich auch eine zusätzliche Plattform, um unsere politischen und/oder pädagogischen Anliegen verbreiten zu können. Zudem können wir auch Räumlichkeiten der Kinderfreunde-Ortsgruppen auslasten, die sonst zu diesen Tageszeiten leer stehen würden.

Zwei Folgen haben wir bei dieser Entwicklung befürchtet, einerseits, dass die professionell geführten Einrichtungen die Dominanz in der Kinderfreundeorganisation übernehmen und der politisch-pädagogische Bereich an den Rand gedrängt wird. Und andererseits haben wir befürchtet, dass die beiden Felder nichts miteinander zu tun haben und beliebig nebeneinander existieren würden. Wir sind dem so begegnet, dass wir organisationskulturell immer betont und beschlossen haben, dass die politisch-pädagogischen Aktivitäten »die Mitte« der Organisation sind, die professionellen Angebote die Stützen der Kinderfreundearbeit darstellen. Wir haben das aber nicht nur betont, sondern auch versucht, das im Alltag zu leben und zu demonstrieren. Zum Beispiel haben wir als Landesorganisation bzw. die jeweiligen Regionalorganisationen ganz gezielt die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen eines Ortes oder von Nachbarorten zu Terminen eingeladen, diese dienten einerseits dem gegenseitigen Kennenlernen, aber auch der Verabredung gemeinsamer Aktivitäten.



**Die politisch-
pädagogischen
Aktivitäten sind
»die Mitte«
der Organisation,
die professionellen
Angebote die Stützen
der Kinderfreunde-
arbeit.**

Heute kann resümiert werden, dass die Befürchtungen tendenziell nicht eingetreten sind und die Hoffnungen ebenso tendenziell Wirklichkeit geworden sind. Beides eben tendenziell, nicht vollständig und nicht automatisch, dafür mussten wir kontinuierlich viel Arbeit in die Weiterentwicklung der Organisation und ihrer Balance stecken.

Eine unserer zentralen Überlegungen gegen das Auseinanderdriften der beiden großen Bereiche war, dass wir beide Felder strategisch und operativ in den zuständigen Kinderfreundegremien führten. Und das nicht nur auf Ebene der Landesorganisation der Kinderfreunde, sondern auch in den sieben Regionalorganisationen, denn auch die waren ja nicht nur für ihre Ortsgruppen zuständig, sondern auch für ihre eigenen professionell geführten Angebote. Letztendlich führte das (eigentlich wenig überraschend) zu einer Überlastung der Gremien. Im Zuge eines Organisationsentwicklungsprojekts wurde sehr schnell deutlich, dass die Mitglieder der Regionalvorstände sich massiv beschwerten, dass sie auch für Anstellungen hauptamtlicher Mitarbeiter*innen, für Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen etc. etc. zuständig seien.

Derzeit läuft in der Landesorganisation der Kinderfreunde das Vorhaben, den betrieblichen Bereich operativ über eigene Gremien und einen eigenen Rechtsträger zu führen, die strategische Steuerung soll allerdings bei den Kinderfreundevorständen bleiben. Das Ziel dabei ist, dass die Kinderfreundeorganisation in Oberösterreich weiter auf die Entwicklung beider Felder setzt, die politisch-pädagogische Verbandsarbeit aber weiterhin im Zentrum stehen soll, die strategischen Entwicklungslinien auch der professionell geführten Aktivitäten durch die zuständigen Kinderfreundevorstände festgelegt werden sollen, deren operative Umsetzung, aber durch Spezialist*innen geschehen soll. Das heißt zum Beispiel, dass im Landesvorstand der Kinderfreunde nur noch die strategische Schwerpunktsetzung für den Kinderbetreuungsbereich (Krabbelstuben, Kindergärten, Horte) diskutiert werden soll. Also zum Beispiel, ob wir derartige Einrichtungen in Unternehmen führen wollen, aber die konkrete Umsetzung im Aufsichtsrat der (gemeinnützigen) GmbH und von deren Geschäftsführung geklärt und entschieden werden wird. Nur diese organisatorische Trennung der Rechtsträger erscheint uns die Möglichkeit zu geben, dass in den Kinderfreunde-Vorständen einerseits die politisch-pädagogische Arbeit der Ehrenamtler*innen ausreichend Raum und Zeit hat und andererseits in diesen Vorständen (quasi in der Rolle des »Eigentümers«) die grundsätzlichen Weichenstellungen verantwortet werden können.

DAS »BÜNDNIS FÜR FREIRÄUME« und Überlegungen, wie jugendpolitische Kampagnenarbeit funktionieren kann

Sarah van Dawen-Agreiter

Kreisverband Köln · Landesjugendring NRW

Ob Leistungsdruck durch die Schule, Eltern oder eine unwohnliche Umgebung, ob drohende Räumungen Autonomer Zentren oder ein Gruppenraum mit Wasserschaden – die meisten Themen in der Gruppenstunde sind nicht vorbereitete Einheiten einer*ines Helfer*in oder einer*ines Teilnehmer*in, sondern entstehen durch Gespräche über den Alltag, an die das gemeinsame Verstehen und die gemeinsame Aktion anknüpft. Der Moment des Bewusstwerdens, dass es sich eben nicht um Unveränderbares handelt, das wir hinzunehmen haben, sondern um veränderbare Umstände, ist ein wesentlicher Moment der gemeinsamen Bildung.

Wenn Themen über das gemeinsame Verstehen und die Bearbeitung in der Gruppe hinaus in die Gremien reichen und dort ein konkreter Handlungsbedarf formuliert wird, ist der Punkt erreicht, an dem der Verband Wirkungsräume jenseits der Gruppenarbeit untersucht, um »laut zu werden«.

Als Jugendverband ist das durch uns mitbedingte und am ehesten offen stehende Politikfeld das der Jugendpolitik. So wie in anderen Politikfeldern gibt es Institutionen, Gremien, fachpolitische Sprecher*innen der Fraktionen, ungeschriebene und aufgeschriebene Spielregeln und vieles mehr.



**Mit Anderen
öffentlich
und jugend-
politisch
wirken!**

DIE ENTSTEHUNG DES »BÜNDNIS FÜR FREIRÄUME«

Das Thema des Bündnisses für Freiräume wurde an den Landesjugendring NRW durch die Mitgliedsverbände schon früh herangetragen. Insbesondere Mitarbeiter*innen aus Jugendverbände klagten darüber, dass junge Menschen weniger Zeit im und mit dem Verband verbringen (könnten). Der Frage »Keine Zeit für Jugendarbeit?« ist die Studie »Jugendarbeit im Takt einer beschleunigten Gesellschaft«¹ der TU Dortmund und des deutschen Jugendinstituts auf den Grund gegangen.

Unabhängig davon haben junge Menschen, nicht nur aber auch aus den Verbänden, im Rahmen der jugendpolitischen Initiative (»umdenken – jungdenken!«) des Landesjugendrings NRW (unter anderem) Forderungen nach mehr Freiräumen an die Politik formuliert. Die Vollversammlung des Landesjugendrings NRW hat 2013 den Landesjugendring NRW beauftragt, ein »Bündnis für Freiräume« zu schmieden. Dazu gehörte neben der inhaltlichen Ausgestaltung das Gewinnen von bekannten Erstunterstützenden und von Finanzen.

WAS WIR WOLLEN

Der wesentliche Vorteil der Kampagne war und ist, dass »Freiraum« eine für viele Gruppen anknüpfbarer, positive Vorstellung ist. Unter dem Begriff »Freiraum« können sich viele unterschiedliche Vorstellungen subsumieren – von der Sehnsucht Erwachsener nach einer Kindheit im Grünen über die Unzufriedenheit Jugendlicher über die Beschränkungen des öffentlichen Raumes bis hin zur fehlenden Zeit, sich in selbstorganisierten Kontexten zu bewegen und Verbandsarbeit zu leben.

Die Jugendverbände haben auf Grundlage ihres Interesses als Organisationen – nämlich, dass sich möglichst viele junge Menschen bei ihnen mit möglichst viel Zeit engagieren sowie dass hierfür die geeigneten Mittel und Räume zur Verfügung gestellt werden – eine besonders hohe Motivation, sich dem Thema zu widmen. Die Kampagne gibt ihnen an vielen Stellen das Gefühl, über das »Meckern und Motzen« (der lernt schon wieder statt die Falkengruppe vorzubereiten! Der Falkenraum fällt auseinander!) hinausgehen zu können und nach den konkreten Stellenschrauben zu suchen, die zu einer Veränderung der Situation führen könnten.

Die »gewöhnlichen« Aktivitäten eines Jugendverbandes – vom Sommerfest zum Zeltlager – als »Freiraum« zu markieren, fällt nicht schwer und so kann jede Gruppe

etwas zu einer gemeinsamen Kampagne beitragen, was zu ihrem Alltag und ihren Interessen passt. Zusammengefasst sind gute Ausgangsbedingungen für diese jugendpolitische Kampagne:

- sie knüpft an den Themen (und Aktionen) der jungen Menschen an
- sie weckt vielfältige, auch positive Assoziationen
- sie trifft das innere Verbandsinteresse
- sie ist kreativ ausgestalt- und veränderbar

(MIT ANDEREN) ÖFFENTLICH UND JUGENDPOLITISCH WIRKEN

Um eine Kampagne wirksam zu machen, braucht es darüber hinaus einen Raum, in den sie hineinwirken kann. Wie oben beschrieben ist das im Wesentlichen der jugendpolitische Raum. Allerdings ist Druck im eigenen politischen Feld schwer zu erreichen, hier helfen bekannte Unterstützer*innen und die mediale Öffentlichkeit. Aus diesem Grund war die wesentliche Arbeit vor dem Start der Kampagne »Bündnis für Freiräume« die Suche nach Unterstützenden. Neben den Verbänden selbst und weiteren Akteur*innen der Jugendarbeit konnten u. a. auch Einzelpersonen wie der Vorsitzende des Bundesverbandes der Kinder- und Jugendärzte Regionalverband Nordrhein, der Vorsitzende des DGB NRW, die Vertreter des evangelischen und katholischen Büros sowie die Landtagspräsidentin NRW gewonnen werden.

An dieser Aufzählung lässt sich leicht ablesen, wie vorteilhaft es in diesem Fall war und ist, dass das Bündnis nicht durch einen einzelnen Verband, sondern durch den Landesjugendring NRW – also die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände auf Landesebene – getragen wird. Hier können im besten Fall die Stärken der Verbände (z. B. in Zugängen und Kontakten), ggf. aber auch ein weiterer Zugang zu Ressourcen zu einer wirksamen Kampagne führen.

Die Verbände gestalten in einer Arbeitsgruppe die Inhalte und Projektschritte mit. Arbeitsgruppen und Gremien sind wichtige Austragungsorte der Unterschiede in der Analyse und Strategie der Verbände, die manchmal zu leicht übergangen werden, was einer*inem dann später auf die Füße fällt, wenn es gilt, konkrete Veränderungen zu verhandeln oder sich schnell zu positionieren. Hier lohnt sich die Mitarbeit, um das eigene Profil und die eigenen, aus den Debatten des Verbandes entstandenen Inhalte und Forderungen sichtbar zu machen. Auch die unterschiedlichen Kampagnenformen passen für den einen Verband und für den anderen nicht.

Kluge Anleitungen, wie Kampagnen und Projekte zu planen sind, gibt es in Hülle und Fülle und sollen hier nicht wiederholt werden.² Nur ein Hinweis: je konkreter die Zielgruppe, das Ziel und der Inhalt, umso wirkungsvoller ist die Methode (wenn ich Landtagsabgeordnete erreichen will, kann ich in den Landtag gehen und muss nicht im ersten Schritt mit viel Geld und Aufwand eine Demonstration organisieren; wenn ich die Presse erreichen will, brauche ich kreative, schöne Bilder und Personen, die für das Thema stehen; wenn ich auf die Masse an Menschen verweisen will, die hinter einem Thema stehen, kann ich das auch online organisieren; wenn ich junge Menschen organisieren will, spreche ich mit ihren Helfer*innen, was passen könnte etc.).

Nachdem die Forderungen formuliert sind, hilft eine »Operationalisierung«. Das bedeutet, dass aufgeschrieben wird, wo, wie und durch wen die Forderungen umzusetzen wären – in welchem Gesetz ist das geregelt oder durch welchen Erlass? Was kann die Kommune, das Land oder der Bund verändern?

Damit das gelingt hilft es, genau zu wissen, was man möchte. Im Bündnis für Freiräume gab es zum Beispiel solche Fragen: Wie könnten Jugendliche konkret mehr Zeit haben? Wie könnte die Zeit, die sie in Bildungsinstitutionen verbringen, ein wenig mehr ihren Bedürfnissen gerecht werden und demokratischer gestaltet werden? Welche Regeln im öffentlichen Raum laufen jugendlichen Interessen zuwider?

**Wie könnte die Zeit,
die sie in Bildungs-
institutionen verbringen,
ein wenig mehr ihren
Bedürfnissen gerecht
werden und demokratischer
gestaltet werden?**

JUGENDLICHE INTERESSEN?

»Jugendliche Interessen« sind dabei schnell daher gesagt. Inwiefern sich diese je nach sozialem Kapital, Geschlecht etc. unterscheiden könnten, wurde in Fachtagungen diskutiert. Für die Wirksamkeit der Kampagne war eine Vereinfachung an der Stelle zwar richtig, in der Umsetzung ist dann jedoch gut darauf zu achten, wer genau von welcher Maßnahme profitiert und für wen sie vielleicht sogar gegenläufige Folgen hat.³

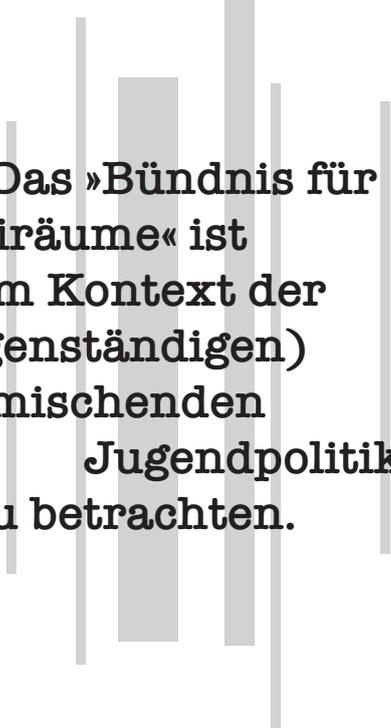
Hilfreich war hierbei insbesondere der Blick der Jugendlichen selbst, zum Teil vermittelt durch die Jugendforschung. Die Bedeutung von Einkaufszentren für viele Jugendliche kommt einer*inem Verbandsvertreter*in auf Landesebene vielleicht nicht direkt als erstes in den Sinn.

DAS »BÜNDNIS FÜR FREIRÄUME« IN NRW – VORAUSSETZUNG UND ERSTE ERFOLGE

In Nordrhein-Westfalen ist die Debatte über das Abitur nach acht oder neun Jahren an Gymnasien und die damit einhergehende Verdichtung des Lernplanes immer noch präsent und war ein Anknüpfungspunkt für das Bündnis. Im Zuge der Debatte konnten notwendige Veränderungen gerade auch jenseits der Gruppe der Gymnasiast*innen und der Frage des Abiturs eingebracht werden.

Das »Bündnis für Freiräume« ist im Kontext der (eigenständigen) einmischenden Jugendpolitik zu betrachten. Eine der Grundideen der einmischenden Jugendpolitik ist, dass junge Menschen nicht nur von Entscheidungen im Rahmen der Jugendhilfepolitik (also Hilfen zur Erziehung, Kindertagesstätten, Jugendarbeit ...) betroffen sind, sondern von politischen Entscheidungen und Entwicklungen in vielen Ressorts. Mit diesem Ansatz hebt sich die Jugendverbandsarbeit nach ihrem Selbstverständnis und ihrem gesetzlichen »Auftrag« »die Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck« zu bringen (SGB VIII §12.2) in eine besondere Rolle.

Konkret wurde der Landesjugendring NRW mit diesem Anspruch am »Runden Tisch G8/G9« beteiligt und einige seiner Anmerkungen sind in die vom Landtag beschlossenen Empfehlungen aufgenommen worden. Auch in den Empfehlungen der Enquetekommission »Zukunft der Familienpolitik«⁴ finden sich Forderungen des Bündnisses wider sowie in dem vom Landtag beschlossenen Antrag zur Stärkung der Kinderrechte.



**Das »Bündnis für
Freiräume« ist
im Kontext der
(eigenständigen)
einmischenden
Jugendpolitik
zu betrachten.**

Vor Ort wurde das Thema von manchen Verbänden mit überraschender Intensität aufgenommen und bearbeitet. Es gibt immer wieder schöne Aktionen und das Thema ist eines der Forderungen der Verbände im Wahlkampf. Meinem Gefühl nach ist hier die verbandsinterne Kommunikation und die Frage, ob das Anliegen als ein »eigenes« wahrgenommen wird, das die Gruppe beschäftigt oder mit dem sie sich profilieren möchte, ausschlaggebend dafür, ob die Kampagne vor Ort fruchtet. Auf der Landesebene sind gemeinsame Aktionen wie die Eröffnung der Kampagne mit der Jugendministerin, das »Einläuten der Ferien«, das Event »freischwimmen«, das Kinder- und Jugendschutzforum »Freiräume gesucht!« in Kooperation mit den Jugendschutzgemeinschaften und die Aktion »Wir verschenken Zeit« zu nennen. Beim »Einläuten der Ferien« hat die Landtagspräsidentin Carina Gödecke die »Patenschaft« für drei Ferienfreizeiten unterschiedlicher Verbände (der DPSG, der SJD – Die Falken und des AWO Jugendwerks) übernommen. In der Eingangshalle des Landtages hat der Landesjugendring NRW hierfür mit Rasen, Wasserbällen, »Schwedenstühlen« u.v.m. Sommerferiengefühl kreiert und zur Vorstellung der Freizeiten die Abgeordneten auf ein Stück Freiraum-Kuchen und einen alkoholfreien Cocktail eingeladen. Die Aktion kam sowohl bei den jungen Menschen aus den Verbänden als auch bei den Abgeordneten gut an und hat die Forderungen des Bündnisses in Erinnerung gebracht und gehalten.

... UND ALLES GANZ ANDERS:

Es kommen nicht immer alle Bedingungen zusammen, so dass eine jugendpolitische Kampagne die Akteure zufrieden stellt. Gerade Kampagnen aus der Abwehr heraus, gegen Kürzungen oder den Verlust von Räumen oder einem Stimmrecht im Jugendhilfeausschuss, sind häufig schwieriger kreativ zu gestalten und gut zu finanzieren. Die hier verfolgte These ist, dass auch in solchen Kampagnen deutlich werden muss, dass das Verbandsinteresse sich mit dem Interesse junger Menschen überschneidet und aus ihm entspringt, dass die Themen der Jugendlichen Themen des Verbandes werden und die Finanzierung ein Beitrag zu politischer Bildung und Partizipation sind – die ja (häufig als Leerformeln) eingefordert werden.

Ein gutes Beispiel könnte dabei die Kampagne »#junge-snrw ...Perspektive für alle!« werden, die bereits jetzt zu einer Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplans in NRW beigetragen hat, und zugleich Themen aufgreift, die für viele junge Menschen relevant sind.

Lobbyarbeit ist jedoch ein kontinuierliches Feld, das nicht nur anlassbezogen bedient werden kann. Entscheidungsträger*innen nur dann zu kontaktieren, wenn man etwas Konkretes möchte, hat wenig Aussicht auf Erfolg. Stattdessen gilt es, sich langfristig dem jugendpolitischen Diskurs gerade auch mit einer kritischen Perspektive und kontroversen Themen zu stellen. Gerade für Jugendverbände, in denen sich Verantwortungsgenerationen schnell abwechseln, stellt das eine besondere Herausforderung dar.

1 Mirja Lange/ Karin Wehmeyer: Jugendarbeit im Takt einer beschleunigten Gesellschaft. Veränderte Bedingungen des Heranwachsens als Herausforderung, Weinheim und München 2014.

2 Zum Beispiel im Rahmen der Initiativen »umdenken – jugendenken« und »ichmache>politik«.

3 In der Begründung zum 2015 gefassten Beschluss der Bundeskonferenz zum Arbeitsprogramm der KJBK heißt es hierzu: »Wenn die Eigenständige Jugendpolitik also davon spricht, sich für alle Jugendlichen einzusetzen, oder im Zweifel für die »normalen«, dann setzt sie sich entweder für keine*n konkrete*n Jugendlichen ein, sondern für eine Abstraktion, oder aber unter der Hand für eine bestimmte Sorte Jugendlicher«, Zeile 138 ff.

4 <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-14000.pdf> (zuletzt aufgerufen am 01.03.2017).

DAS IST WAR UNSER HAUS

Strategien zum Erhalt von Ressourcen durch Gremien der Kinder- und Jugendhilfe am Beispiel der Villa Freundschaft in Berlin

Karl Freikamp

Bundes-F-Ring · Landesverband Berlin

Im Frühjahr 2014 erhielten wir, die Falken Berlin Mitte, zufällig durch eine kleine Anfrage der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, die Information, dass das Gelände auf dem unsere selbstverwaltete Jugendeinrichtung »Villa Freundschaft« stand, im Gespräch für den Neubau von Student*innenwohnungen war.

Nach einigem Nachhaken bei den beiden verantwortlichen Senaten (beide SPD geführt nebenbei), stellte sich heraus, dass tatsächlich über den Verkauf und Abriss unseres Hauses verhandelt wird und das die Senator*innen auch nicht bereit waren zuzusichern, dass unser Gelände nicht betroffen sein würde. Die SPD steckte zu diesem Zeitpunkt wegen eines Versprechens des amtierenden Bürgermeisters in einer Imagekrise. Er hatte angekündigt 5000 neue Studierendenwohnungen zu schaffen. Wir entschlossen uns, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch alles sehr vage war, Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um, falls wir den Verlust des Gebäudes nicht verhindern könnten, möglichst abgesichert zu sein.

Das drückte sich neben der weiteren Kommunikation mit den Senator*innen, die eher schleppend verlief, in zwei Maßnahmen aus. Die eine war, dass ich mich Ende 2014 in den Jugendhilfeausschuss Mitte wählen ließ, um im Zweifelsfall bessere Kontakte in die Bezirkspolitik zu haben. Davor erschien das kaum nötig, da die Fördersumme der

»Villa Freundschaft« nicht einmal einen Prozent der Gesamtförderung der Region ausmachte, obwohl es in derselben kaum geförderte Projekte gab und deswegen die Förderung der Villa komplett ungefährdet war. Die zweite Maßnahme war die Absicht eine höhere Präsenz im Kiez zu schaffen.

Dafür stampften wir in 2014 innerhalb weniger Monate ein Kiezfest aus dem Boden, das mit über 500 Besucher*innen ein voller Erfolg wurde. Gleichzeitig stellten wir bei regionalen Projektförderstellen wie »Demokratie macht's« und der Jugendjury Mitte Förderanträge, die neben der Kohle auch dazu führten, dass wir uns schnell als »Musterbeispiel« partizipativer Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk beliebt machten. Wir führten im Rahmen dieser Förderung drei Projektstage mit umliegenden Schulen durch, was uns ebenfalls Anerkennung im Bezirk verschaffte. Nebenbei finanzierten wir so auch unsere Gruppenfahrt als Konzeptionsseminar. So hatten wir Ende 2014 schon einen ganz anderen Stand als noch im Frühjahr und konnten deutlich sicherer agieren. Gleichzeitig hatte uns zumindest die Projektförderung und der Jugendhilfeausschuss kaum Ressourcen gekostet, während für das Kiezfest natürlich ein enormer Kraftaufwand nötig war, da wir uns an kein anderes Fest ranschnappen konnten, sondern alles selbst ranschnappen mussten. Der politische Mehrwert guter Kiezarbeit ist jedoch auch unabhängig von Notfallsituationen wie unserer.

Erst Mitte 2015 gab es dann eine definitive Aussage über den Verkauf des Geländes, allerdings nicht etwa von unseren vorherigen Vermieter, dem Liegenschaftsfonds, sondern von der benachbarten Tischlerei auf die die Gesobau als neuer Eigentümer zugekommen war. Erst nachdem wir uns bei der Gesobau¹ meldeten, erhielten wir definitive Information über den Eigentümerwechsel und eine Bestätigung der Abrisspläne. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir schon ein weiteres Kiezfest durchgeführt und ich hatte mich im JHA etabliert. Im nächsten Schritt begannen wir mit den verantwortlichen Senator*innen zu verhandeln um die Gesobau als halbkommunale Wohnungsbaugesellschaft zumindest zum Angebot eines Ersatzobjektes zu zwingen. Dieser Prozess zog sich wieder über mehr als ein Jahr. So dass erst Mitte/Ende 2016 tatsächlich ein neuer »akzeptabler« Standort aufgetan wurde. Um an diesen Punkt zu kommen mussten wir allerdings viele Kompromisse schließen, beispielsweise über Nutzfläche, Lagerfläche, Schallschutz, Lage, etc. Unterstützung auf kommunaler Ebene war dabei kaum zu erwarten, ganz im Gegenteil mussten sogar wir das Jugendamt über die Vorgänge informieren und immer wieder auf Stand bringen, da nicht mit ihnen kommuniziert worden war.

Solide Kiezarbeit und Engagement auf kommunaler Ebene, um Ressourcen zu sichern!



Das ist umso ironischer, wenn man bedenkt das bis 1999 das Gelände an der Wollankstraße, wo die alte Villa Freundschaft stand, in kommunaler Hand war, bevor es dem Liegenschaftsfond übergeben wurde. Trotzdem zahlte sich die kommunale Vernetzung insofern aus, als das Jugendamt nicht bereit war uns weiter zu fördern. Argumentiert wurde das mit dem Wechsel der sogenannten Bedarfsregionen, da das uns angebotene Ersatzobjekt in einem anderen Kiez lag (real waren es etwa 10 Minuten mit dem Bus). Konkret bedeutete das, obwohl sie keinen Finger gerührt hatten, um uns Ersatzobjekte aufzutun oder Unterstützung anzubieten, dass sie nach einem fast 2-jährigen Prozess der Objektsuche die Förderung aussetzten. Erst hier erwies sich die 2-jährige Mitgliedschaft im JHA tatsächlich als nützlich, da schnell eine Mehrheit organisiert war, um die Förderung weiterhin zuzusichern.

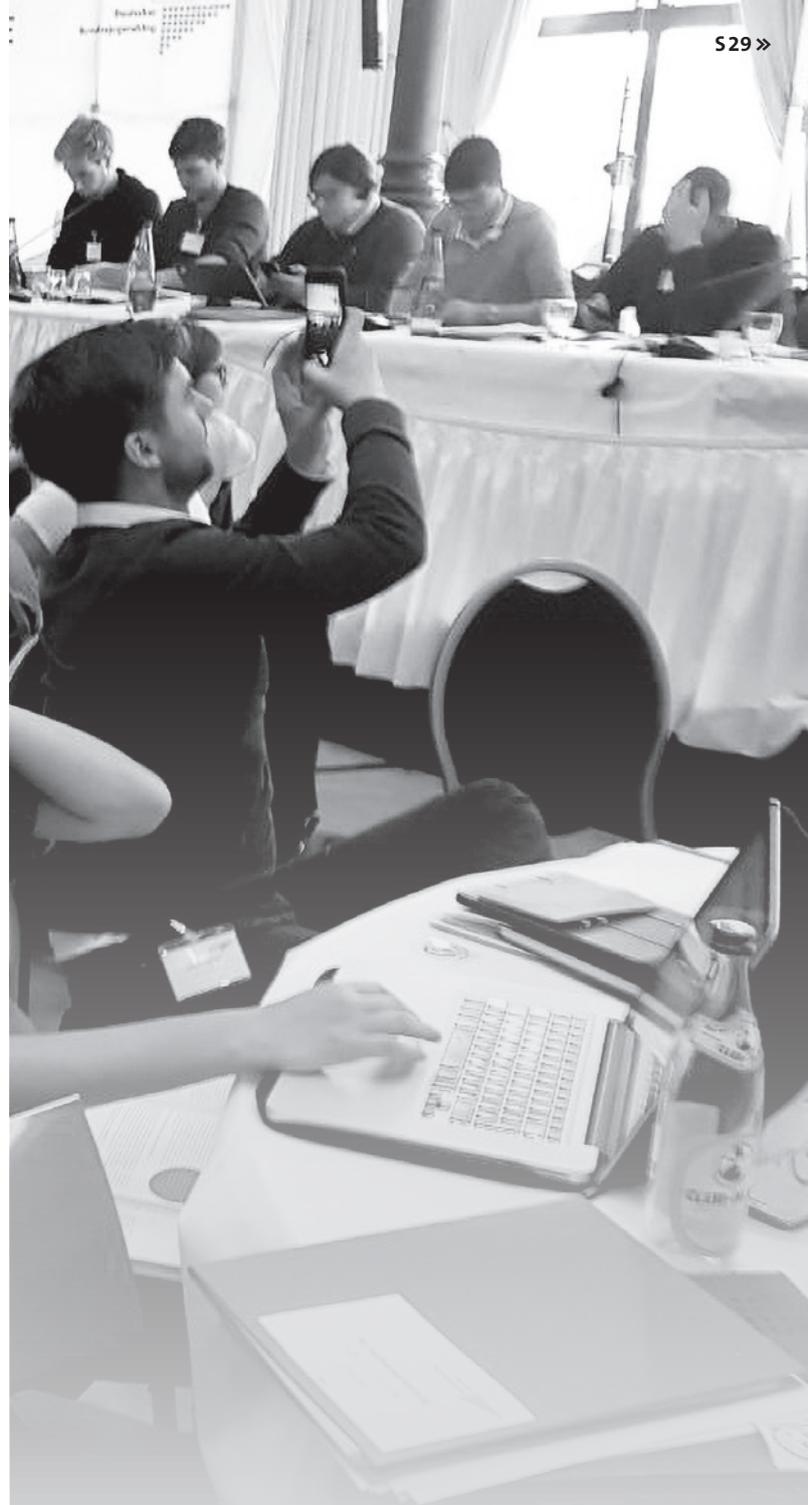
Abschließend lässt sich sagen, dass eine solide Kiezarbeit und ein minimales Engagement auf kommunaler Ebene oft schon ausreicht um Ressourcen zu sichern. Zwar ist es wünschenswert, auch darüber hinaus eine tatsächlich sozialistische Kinder- und Jugendpolitik zu machen, jedoch bleibt es eine Abwägungsfrage um Ressourcen. Die Arbeit in kommunalen Gremien bleibt oft äußerst unbefriedigend und kann um etwas zu erreichen äußerst Zeitintensiv werden. Deswegen solltet ihr immer abwägen, ob wenn diese Minimalanforderungen zum Erhalt eurer Ressourcen erfüllt sind, ein weiteres Engagement sinnvoll ist, um ehrenamtliche Strukturen nicht zu überlasten. Diese Einschätzung gilt aber explizit nicht für Stadt- und Landesjugendringe.

1 Die GESOBAU AG ist eines von derzeit sechs kommunalen Wohnungsunternehmen in Berlin.



12 THESEN ZU SOZIALISMUS UND JUGEND- POLITIK

Die folgenden Thesen sind in den letzten zwei Jahren für die Regionaltreffen zu sozialistischer Jugendpolitik entstanden. Ziel der Treffen war es, die Form unserer Jugendpolitik zu diskutieren und weiterzuentwickeln, um einerseits das Thema innerverbandlich nochmal stärker in den Fokus zu rücken sowie uns jugendpolitisch breiter aufzustellen. Diskussionsgegenstand war vor allem das Verhältnis von Jugendpolitik zu unserer pädagogischen und politischen Praxis.



12 THESEN

1

1. Viele schrecken zurück, wenn sie Jugendpolitik hören. Sie denken an die Langeweile, die die Gremiensitzungen von Jugendringen hervorrufft. Oder irgendein Geschäker mit Politiker*innen und Runden älterer Funktionär*innen und Hauptamtlicher, die sich wichtig fühlen und gar nicht merken, dass sie jahrzehntelang dasselbe erzählen, bis sie glauben das wäre ein gründlich erworbenes Wissen. Entsprechend ist jedes Tätigwerden in der Jugendpolitik zunächst eine lästige Pflicht für den Verband.

a) Wo wir sie auf uns nehmen, wollen wir meist etwas sehr Profanes: Geld für unsere sonstige Arbeit. Oder wir wollen unser Standing bei Fördermittelgebern oder der Jugendarbeitslandschaft verbessern – und kommen über diesem Umweg doch wieder zu: Geld für unsere sonstige Arbeit.

b) Manchmal machen wir diese Arbeit auch aus genau dem entgegengesetzten Grund: aus dem sehr abstrakten Gefühl heraus, dass diese Arbeit richtig oder wichtig sei, weil das Engagement im Jugendring »halt« dazu gehöre oder »halt« wichtig sei.

2. Entsprechend hat unsere politische und pädagogische Arbeit mit unserer Arbeit in den Jugendringen oft wenig zu tun.

a) Unsere pädagogische Arbeit möchte Vieles: vom zum Sozialismus erziehen, über Kindern eine gute Zeit bereiten, bis hin zu spannende Erfahrung für die Helfenden sein.

b) Wo wir politisch werden, sprechen wir vom Kapitalismus, Sexismus, Rassismus oder Antisemitismus und manchmal schreien wir gegen sie an. Wir organisieren Gruppenstunden, Vorträge, Seminare, Fahrten, Zeltlager oder Demonstrationen. Kurz: Wir setzen uns mit der Welt inhaltlich auseinander und protestieren gegen sie, indem wir sagen, was wir nicht wollen.

c) Die Jugendpolitik erscheint dagegen ein Ort zu sein, wo sich Funktionär*innen mit Politiker*innen treffen, über Richtlinien sprechen und über Reförmchen diskutieren.

d) Der »großen Politik« und der Jugendpolitik ist dabei eins gemeinsam: die Treffen mit Politiker*innen tragen in der Regel zu Reformen so wenig bei wie das Denken, Reden und Schreien der Radikalen zur Revolution, auch wenn die Revoluzzer im Verband gerade vielleicht ein besseres Image haben, weil sie als weniger langweilig erscheinen.

2.

12 THESEN ZU SOZIALISMUS UND JUGEND- POLITIK

12 THESEN ZU SOZIALISMUS UND JUGEND- POLITIK

3. Diese Trennung zwischen einer politischen Arbeit, die »das große Ganze« in den Blick nimmt (dem gegenüber sie so äußerlich wie harmlos bleibt) und einer jugendpolitischen Arbeit (die sich im »Klein-Klein« und darin ergeht, in Gremien zu hocken, die sich für wichtiger halten, als sie sind) ist Folge von zweierlei:

- a)** einer Ohnmacht und
- b)** einem Irrtum

4. Sie ist das Ergebnis einer Ohnmacht,

a) weil es keine praktisch überzeugende Antwort auf die die Frage gibt, wie denn der Sozialismus herbeizuführen sei – ob nun plötzlich oder schrittweise ist dabei sogar egal. Weil wir nicht zu sagen wissen, wie wir hier und jetzt einen Beitrag dazu leisten können, dass es anders wird, reden wir bloß über Sozialismus, spielen ihn nur und protestieren bloß gegen das, was uns stört, statt ihm Widerstand entgegenzusetzen. Protest heißt dabei, dass wir sagen, was uns nicht passt. Widerstand dagegen heißt, dafür zu sorgen, dass das, was uns nicht passt, nicht länger geschieht. Protest ist, wenn wir sagen, wir machen nicht mehr mit. Widerstand dagegen, wenn wir dafür sorgen, dass alle andern auch nicht mehr mitmachen.

b) Wir sind von einer Ohnmacht geschlagen, die wir als solche kaum wahrnehmen. Das wir (fast) nichts tun, das einen Unterschied macht, dass unsere Kräfte mehrt oder unser Leben verbessert, merken wir kaum. Wir sind bemüht, durch unseren Alltag zu steuern, Belastungen zu vermeiden und hier uns da etwas zu unternehmen, dass uns und anderen zeigt: Wir machen hier nicht einfach nur mit. Wir beschweren uns, wir kotzen über das eine oder andere ab, ziehen über das eine oder die anderen her. Kurz: Die Aktivitäten, die unsere Ohnmacht hervorbringt, täuschen uns über unsere Hilflosigkeit hinweg.

5. Die Trennung politischer Arbeit und Jugendpolitik ist gleichzeitig das Ergebnis eines Irrtums,

- a)** In dem der Sozialismus entweder als den Zustand kommenden Gesellschaft oder das Ideal einer anderen Gesellschaft missverstanden wird
- b)** oder ihn als eine Sammlung theoretischer Einsichten, Meinungen, Positionen oder Prinzipien missverstehen.

6. Dagegen müssen wir lernen, den Sozialismus wieder als eine wirkliche Bewegung für unsere Interessen und die Interessen der anderen Lohnabhängigen zu begreifen: als unseren Versuch in dieser Gesellschaft klar zu kommen, es uns in ihr zusammen möglichst bequem zu machen. Und dabei müssen wir das Kunststück vollbringen, uns weder von der Macht der anderen, noch unserer eigenen Ohnmacht dummmachen zu lassen. Wir dürfen unser Klarkommen nicht mit einem Zustand zu verwechseln, in dem es uns wirklich »ganz gut« ginge. Wir dürfen unser immer prekäres Bemühen um ein Sich-Einrichten in diesen Verhältnissen, nicht mit einem Eingreifen in diese Verhältnisse verwechseln. Bis wir damit beginnen, bleibt der Versuch, die Verhältnisse zu verstehen, zwar notwendig, aber aussichtslos – denn die gesellschaftlichen Verhältnisse bleiben für uns dann ein bloß Äußeres, statt etwas, das zugleich durch uns hindurchgeht, etwas dessen Teil wir sind und das wir zugleich selbst bilden.

7. Wenn wir eine solche neue Perspektive auf den Sozialismus gewinnen, dann gibt (auch) die Jugendpolitik uns Mittel an die Hand, uns in diese Welt einzumischen. Mittel freilich, die von unserer restlichen Arbeit nicht zu trennen sind.

a) Ein Antrag gegen Jugendarmut oder ein Antrag zum BAföG, den wir erfolgreich in die MV des DBJR oder eines Landesjugendringes einbringen, bewegt in der Welt gar nichts. Wo sich etwas bewegt, liegt es an Menschen, die kollektiv aufhören ihr Leben hinzunehmen. Aktive, die eine Stelle gefunden haben, an der von den Verhältnissen kein Widerstand geleistet wird oder dieser Widerstand überwunden werden konnte, haben sich und sie bewegt.

b) Die Beseitigung dieses Irrtums behebt leider nicht unsere objektive Ohnmacht. Aber der konkrete Versuch die Verhältnisse zu verändern, erfordert nicht nur ein besseres Verständnis der Kritik der politischen Ökonomie und des Staates, als diejenigen besitzen, die mit Floskeln aus dem Kapital prahlen wie mit einem mühsam erworbenen Eigentum, dass sie eifersüchtig hüten. Dieser Versuch lässt uns auch unsere wirkliche Ohnmacht spüren, er erlaubt erst eine wirkliche Mobilisierung unserer Kräfte, mit der diese Ohnmacht vielleicht einmal überwunden werden kann.

8. Die reale Politik, die sich nach'68 vom schlechten Radikalismus der Mittelschichten längst hat anstecken lassen, ist im Symbolischen gefangen. Sie ist längst wirklich zu jenem Diskurs geworden, von dem die Postmodernen in ihren Theorien behaupten, dass die Welt aus ihm bestehe.

9. Wo aber die Frage ob man nun pragmatisch ist oder nicht, keine Auswirkungen mehr darauf hat, ob die eigene Politik reale Wirkungen entfaltet (ob jemand weniger arbeiten muss, mehr verdient, keinen BAföG oder Ämterstress hat), da hat der Pragmatismus das Stück von der Wahrheit verloren, das er einmal gegen die revolutionäre Politik hatte, der gegenüber er betonte, dass es allein auf das Ergebnis und nicht auf den frommen Wunsch ankomme. Indem er für erfolgreichere Mittel den Zweck seiner Politik opferte, verloren die Mittel zugleich die Fähigkeit irgendein erstrebenswertes Ergebnis zu befördern.

12 THESEN ZU SOZIALISMUS UND JUGEND- POLITIK

10. Wo die Frage Reform oder Revolution ihren Sinn verloren hat, weil diese beiden keine real wählbaren Alternativen zueinander mehr darstellen, hat das Festhalten am Prinzip der Revolution – der Wunsch die Spielregeln zu ändern, um nicht immer nur zu verlieren – ebenfalls sein Stück von der Wahrheit verloren, das er einmal gegen den perspektivlosen Pragmatismus der Reformer*innen hatte. Der Radikalismus, der sich mit seiner Wirkungslosigkeit begnügt, verliert den grimmigen Ernst, mit dem er einmal sein Ziel verfolgte. Schon zum Witz verkommen, macht er einfach weiter ein grimmiges Gesicht, um sich einzureden, dass zwar nichts passiere, er es aber weiter ernst meine.

11. Dagegen wäre es vielleicht an der Zeit, von neuem zu beginnen, uns unser eigenes Leben zurückzuerobern. Das hieße seine Bedingungen so zu verstehen, dass wir eingreifen können, das hieße eigene Strukturen aufzubauen, sich dem Falschen zu widersetzen und sich gemeinsam mit anderen für die eigenen Interessen einzusetzen. Das hieße auch dort, wo wir selbst nicht weiterkommen, weil wir die Bedingungen unseres Lebens nicht in der Hand haben, Forderungen zu formulieren und diese an diejenigen heranzutragen, die mehr Einfluss haben als wir. Es hieße aber noch mehr, es bei diesen Forderungen nicht zu belassen, sondern ihnen, wo immer wir können, Nachdruck zu verleihen. Nur so werden aus ihnen keine Bitten von Untertanen. Wo wir selbst das nicht vermögen, bleibt uns nur jene Bauernschläue, die so lange gelernt hat, unter den Mächtigen sich zu ducken und ihren Bedürfnissen sich anzuschmiegen, bis sie ihnen die Macht entwinden kann. Da müssen wir geduldig unser Los tragen, bis die Gelegenheit kommt und an den Moment denken, wenn wir zum Zuge kommen.

12. Dieses Herantragen unserer Forderungen, das Nachdruck verleihen, die Bauernschläue und das an den Tag einst denken, können aber nichts sein, dass selbst bloß den Regeln des Symbolischen folgt. Es kann keine Aufgabe von Spezialist*innen im Verband sein, stellvertretend für den Rest diese Forderungen weichzuspülen und ins System der (Jugend)politik geben. Wir selbst und alle anderen kommen nicht drumherum, uns selbst für unsere Interessen einzusetzen und das mit den mäßigen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Dazu gehört auch die Jugendpolitische, weil es die offizielle Politik ist, die den Raum des Gestaltbaren absteckt und das Erlaubte gestaltet. Dafür aber ist die Situation – sieht man von unserem eigenen Zustand ab – nicht ungünstig:

a) Nicht nur gibt es vielerorts eine breite linke Mehrheit bei den Funktionär*innen der Jugendverbände,

b) Sondern das völlige Symbolisch-werden des Pragmatismus hat ihn zugleich süchtig nach Authentizität gemacht. Jede wirkliche Bewegung, jeder junge Mensch, der sich für seine Interessen einsetzt, gilt den Funktionär*innen als ein wahrer Glücksfall – immerhin könnte man mit ihm beweisen, woran keiner mehr so recht glauben mag: dass die symbolische Politik im Interesse von irgendwem gemacht würde.



Die Frage,
wo sich etwas bewegt,
liegt an Menschen,
die kollektiv aufhören
ihr Leben
hinzunehmen.

INHALT

DIE JUGENDPOLITIK UNSERES VERBANDES

HEFT 40

HERAUSGEBERIN

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken · Bundesvorstand

REDAKTION

Karl Freikamp, Alma Kleen, Nathalie Löwe, Svenja Matusall,
Sergio Perder, Sascha Schulz, Frederik Schwieger, Sabine Troitzsch

TEXTE

Klaus Bechtold, Robin Bender, Sarah van Dawen-Agreiter,
Bernd Dobesberg, Karl Freikamp, Philipp Schweizer,
Frederik Schwieger, Maja Tölke, Benjamin Wagner

UMSCHLAG

Demo 2014, © Karolin Reinhold

BILDNACHWEIS

S. 3, 7, 22, 28 © Alma Kleen
S. 13, 18 © Udo Beck
S. 14, 17, 33 © Nathalie Löwe
S. 21 © Tim Schrock
S. 27 © SJD – Die Falken, LV Berlin

GESTALTUNG

Gerd Beck Nürnberg

DRUCK

Möller & Roche

REDAKTIONSANSCHRIFT

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken,
Bundesvorstand, Luise & Karl Kautsky-Haus
Saarstraße 14, 12161 Berlin
Fon: 030/26 10 30-0
E-mail: info@sjd-die-falken.de
www.sjd-die-falken.de

**24 STUNDEN SIND KEIN TAG
THEMA NÄCHSTES HEFT:**

**STRUKTURELLE PRÄVENTION
SEXUALISierter GEWALT**



Sozialistische Jugend Deutschlands –
Die Falken

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Diese Broschüre wurde gefördert aus
Mitteln des Kinder- und Jugendplans
des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend.

DIE JUGENDPOLITIK UNSERES VERBANDES

HEFT 40

24 Stunden sind kein Tag · Bereits erschienene Hefte:

- Sex ist mehr als ...
Sexualpädagogik im Zeltlager und in der HelferInnenausbildung HEFT 12
- Beteiligung ist das Salz in der Suppe
... Kochen mit Kindern im Zeltlager HEFT 13
- Die Enkel fechten's besser aus!
Geschichtsprojekte mit Kindern im Zeltlager HEFT 14
- Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt!
Partizipation und Mitbestimmung im Falkenzeltlager HEFT 15
- Zusammen wachsen
Erlebnispädagogik in der Falkengruppe HEFT 16
- Bloß nichts vergessen!
Organisation und Finanzierung von Falkenzeltlagern HEFT 17
- Go Creative
Kreatives Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen HEFT 18
- Die Vielfalt entdecken
Geschlechterrollen und sexuelle Identität im Zeltlager HEFT 19
- Selber singen macht laut! *Lieder im Zeltlager* HEFT 20
- Tippen, filmen, senden *(Neue) Medien im Zeltlager* HEFT 21
- Vielfalt organisieren *Gleichberechtigt miteinander!* HEFT 22
- Umweltdetektive *Auf heißer Spur!* HEFT 23
- DAS CAMP! *Die Gruppe macht's!* HEFT 24
- Prävention sexualisierter Gewalt
Interventions- und Präventionskonzepte HEFT 25
- Freundschaft ist international HEFT 26
- Bildung statt Strafe *Regeln im Zeltlager* HEFT 27
- ROTEFALKENARBEIT
Chancen + Probleme der päd. Arbeit mit jungen Jugendlichen HEFT 28
- Von der Offenen Tür zur Gruppenstunde HEFT 29
- Bewegung braucht Struktur
Sinn und Herausforderungen unserer Verbandsstruktur HEFT 30
- Sozialistische Erziehung
»Es gibt keine andere als politische Pädagogik ...« HEFT 31
- Gedenkstätten-Pädagogik
Wie wollen wir gedenken? HEFT 32
- Geschlechterreflektierte Pädagogik HEFT 33
- Demokratie und Selbstorganisation HEFT 34
- Sexualisierte Gewalt *Intervention und Prävention* HEFT 35
- Antirassistische Pädagogik HEFT 36
- TRAINING SPACE *Weiterbildung für Helfer*innen im Zeltlager* HEFT 37
- SEXUALPÄDAGOGIK HEFT 38
- GRUPPENARBEIT *reloaded* HEFT 39



24
Stunden
sind kein Tag



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken